

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Postgeld vierteljährlich 14,00 fl.
monatl. 4,00 fl. Bei den Ausgabenstellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,00 fl. monatl. 5,36 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 8 fl. Deutschland 2,50 fl. — Einzelnummer 25 fl., Sonntags 30 fl.
Bei höherem Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bericht Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpolige Millimeterzelle 15 Groschen, die einpolige
Nennmengenzelle 100 Groschen. Danzig 10 fl. 70 fl. fl. fl.
Deutschland 10 fl. 70 fl. fl. übriges Ausland 100 fl. Aufschlag. — Bei Plat-
zierung und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 63.

Bromberg, Sonnabend den 16. März 1929.

53. Jahrg.

Bor dem St. Josephstag.

Am 19. März ist St. Josephstag. Im ganzen polnischen Lande geht man daran, den Namenstag Joseph Piłsudski festlich zu begehen. Die Feiern erstrecken sich sogar über drei Tage. Sie seien bereits am Sonntag ein, und die Verehrer des Marschalls wünschen, daß die Bevölkerung am Sonntag und Dienstag die Häuser besägen möchte.

Wir haben gegen solche Feiern unserer polnischen Mitbürger selbstverständlich nichts einzurichten. Wer so oft Grund zur Freude hat, daß er neben dem Namenstag des Staatspräsidenten auch den anderen des Marschalls festlich begehen will, daß ihm der große Verfassungstag vom 3. Mai nicht genügt, so daß die Feier des 11. November hinzukommen muß, der ist wahrlich glücklich zu preisen. Weltglücklicher, wie wir es sind.

Der Marschall Piłsudski ist auch in unseren Augen eine verehrungswürdige Persönlichkeit. Bei allen Eigenheiten des Temperaments läßt sich niemals seine Größe verkennt. Was er zur Befreiung seines Vaterlandes geleistet hat, gehört der Geschichte an, und was er später in der Führung der Staatsgeschäfte leistete, läßt sich weniger als jede andere Handschrift aus dem polnischen Lebensbuch wegradieren. Vor allem schämen wir an Joseph Piłsudski, daß er seine eigenen Wege geht, in einer Zeit, in der die meisten Wanderer nach fremden Begleitern schienen, und daß er bei dieser Wanderung durch Unklarheit und Verwirrung sich stets den Ruhm der Selbstlosigkeit, die reine Weite, bewahrte.

Dem Marschall Piłsudski sind alle Krieger und Heuchler ein Greuel, auch Schwächlinge hält er sich fern. Er würde es also gewiß nicht verstehen, wenn wir Deutschen in Polen am St. Josephstag zu seinen Ehren die Fahne zum First unserer Häuser heraustrachten würden, und dadurch ein Wärme des Gefühls an den Tag legen, die bei uns noch nicht vorhanden sein kann. Joseph Piłsudski hat mit Unterbrechungen ein Jahrzehnt an der Spitze des Staates gestanden, aber bei der Fülle der Fragen, die es neu zu erledigen galt, hat er das Minderheitenproblem noch nicht in den engeren Kreis seiner Gedanken gezogen. Er hat auch keinen Berater gefunden, der die lebenswichtige Regelung der Beziehungen zwischen den Nationen der Republik mit energischer Hand anpackte und einer wenigstens halbwegs tragbaren Lösung entgegenführte.

Wir Deutschen in Westpolen stehen vor der erschütternden Tatsache, daß zwei Drittel unseres Bestandes (rund 750 000 Menschen) und die Hälfte aller unseres ländlichen Besitzes (eine Million Hektar) im letzten Jahrzehnt von uns genommen sind. Das hat, wie wir oft bemerkt haben, unsere Achtung vor dem Staat und seinen Gesetzen nicht gehindert; aber es verbietet uns, die wir zu einem aufrichtigen Volk gehören, über diesen Standpunkt der Legalität hinaus Sympathien zu heucheln, die nach dem Stand der Dinge kein aufrichtiger Mann von uns verlangen kann.

Wenn Joseph Piłsudski von diesem Standpunkt der deutschen Minderheit in Polen Kenntnis erhält, wird gerade er unsere Haltung verstehen, zu der als kleines Formalbedenken noch der Umstand hinzukommt, daß der Marschall unseres Bissens Lutherisch ist, und daß es in evangelischen Kreisen nicht Sitte ist, den Namenstag zu feiern.

Wir hoffen, daß es dem ersten Marschall Polens, der im Weltkrieg das Heil seines Volkes an der Seite der Deutschen sah, bald gelingen möchte, seiner glänzenden Laufbahn durch die Befriedung der Minderheiten in Polen eine unvergängliche Krone aufzusezen. Der Marschall hat die Macht in Händen, und wer die Macht hat, kann vieles wagen. Wenn aber das Wagnis gelingt, wenn wir polnischen Bürger deutscher Stämme in Wahrspruch "Gleiche unter Gleichen" und "Freie unter Freien" sind, dann werden wir nach dem unbekannten Geburtstag Joseph Piłsudskis forschen, oder es soll uns auch der St. Josephstag recht sein, um zu seinen Ehren die Farben der polnischen Republik von unseren Häusern herab ins Land grüßen zu lassen.

Ein Zwischenfall in der Militärmmission.

Warschau, 14. März. Die Militärmmission des Sejm beschäftigte sich in ihrer Mittwoch-Sitzung mit dem Antrage des Nationalen Klubs auf Änderung des Militär-Strafverfahrens. Der Antrag fordert die Streichung der Bestimmung, nach welcher Offiziere nach dem Befinden des Kommandeurs im Untersuchungsgefängnis festgehalten werden dürfen. Der Referent Dr. Dzieduszycki (Regierungsklub) widersegte sich dem Antrage mit der Begründung, daß die angefochtene Bestimmung vollkommen den Bestimmungen des Militärstrafverfahrens in Deutschland und Frankreich entspreche; die Beibehaltung dieses Artikels sei auch aus dem Grunde notwendig, da durch diese Bestimmung in vielen Fällen die verdächtige Militärpersönlichkeit in Sicherheit genommen werden könne.

In der Diskussion verteidigte sich der Abg. Dabrowski (Nationaler Klub) u. a. auf den Präzedenzfall, der sich in der Sache des verstorbenen Generals Rozwadowski ereignet habe. Der General sei auf Grund der Anordnung der eigenen vorgelegten Behörde verhaftet worden. Der Vorsitzende verlas bei dieser Gelegenheit ein Schreiben des Kriegsministers, in welchem festgestellt wird, daß die Festhaltung des Generals Rozwadowski im Einverständnis und mit Willen des Kriegsgerichts auf Antrag der Prokuratur erfolgte, der im Einverständnis mit dem zuständigen Kommando gestellt worden war. Im Ergebnis kam man dahin überein, sich an die juristische Kommission um Angabe ihrer Meinung zu wenden.

Während der Sitzung kam es wieder zu einem heftigen Konflikt zwischen den Abgeordneten General Roja (Bauern-

partei) und Major Burda (Regierungsklub). Roja warf dem Major vor, daß er sich im Jahre 1918 während der Kämpfe mit den Ukrainern in Przemysl unter das Bett verkrochen habe. Burda erklärte, dies sei eine Lüge und warf seinerseits dem General vor, daß dieser polnischen Soldaten ins Gesicht geslagen habe. Der Wortwechsel nahm einen beobachtlichen Charakter an; es fielen Worte wie „freche Lüge“, „ich reiße Ihnen die Lorbeer vom Kopf“ usw. Der Vorsitzende rief schließlich beide zur Ordnung mit dem Bemerkten, daß die Kommission nicht der Platz zur Erledigung von persönlichen Abrechnungen sei. Beiden Offizieren steht nun der Weg zum Ehren- oder zum Marschallsgerecht offen.

Minister Zaleski über Genf.

Warschau, 14. März. Auf der Rückreise aus Genf und Lyon gewährte der polnische Außenminister Zaleski dem Korrespondenten des *Glos Prawdy* im Eisenbahnwagen eine Unterredung, in welcher der Minister seine Eindrücke schilderte, die er von der gegenwärtigen Session des Völkerbundsrats mitgenommen habe. Er sagte u. a.:

"Ich muß feststellen, daß ich diesmal aus Genf mit durchaus guten Eindrücken heimkehre. Fragen, die besonders Polen interessieren, wurden in gänzlichem Sinne erledigt, und die einmütige Wahl eines Polen in das Finanzkomitee des Völkerbundes kann nicht anders gedeutet werden, denn nur als Ausdruck der Anerkennung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierungen des Marschalls Piłsudski. Wir können künftig behaupten, daß trotzdem vor nicht ganz drei Jahren, im August, als der Marschall Piłsudski die Macht übernahm, die polnischen Finanzen unter einem Fragezeichen standen und die Industrie eine große Krise durchmachte, diese zwei Jahre und neun Monate genügten, um nicht allein alle diese Fragen in Ordnung zu bringen, sondern um darüber hinaus die allgemeine Anerkennung dieser Tatsache zu erlangen."

In Minderheitenfragen

hatte sich der Rat mit zwei Problemen zu beschäftigen. Zunächst handelt es sich um eine Reihe von mehr oder weniger ins Gewicht fallenden Klagen aus Schlesien, von denen die Hälfte diesmal durch die deutsche Minderheit gegen Polen, die zweite durch die polnische Minderheit gegen Deutschland vorgebracht worden waren. Nur zwei von diesen Fragen traten auf den ersten Plan, vor allem die Frage der Schuleinschreibungen. — Und hier hat der Rat in der Praxis dem polnischen (?) Gesichtspunkt Recht gegeben. Die in der Genfer Konvention bestehenden Bünden lassen den Missbrauch der Freiheit bei der Selbstbestimmung der Nationalität der Kinder durch die Eltern zu. Um diesen Missbräuchen ein Ziel zu setzen, fordert die polnische Regierung, daß die Eltern persönlich ihre Declarationen vor besondern Kommissionen abgeben. Wir sind immer der Ansicht gewesen, daß in der Konvention ein derartiges Verfahren nicht vorgesehen ist, die Konvention sieht aber auch keine andere Art für die Vorbeugung von Missbräuchen vor. Die vorübergehende Einführung von Prüfungen durch einen neutralen Pädagogen wurde von Deutschland mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich nicht auf die Konvention stütze. Auf diese Weise entstand eine Leere, und der Rat hat nun entschieden, daß diese Leere durch ein besonderes deutsch-polnisches Abkommen ausgefüllt werden muß, durch das Missbräuchen vorbeugen werden könnte. Bis zum Angenommen des Abschlusses eines solchen Abkommens werden jedoch die Schulkommissionen während der Einschreibungen tätig sein.

Die zweite Frage, die eher künstlich durch die Presse-Agitation (?) in den Vordergrund gerückt wurde, bildete die Verhaftung von Ulz.

Mit Rücksicht darauf, daß sich von Anfang an der Fall Ulz ausschließlich in den Händen der Gerichte befindet, war ich von vornherein überzeugt, daß sich auch nicht ein Mitglied des Völkerbundsrats finden werde, das eine Einmischung in den Gang dieser Sache verantworten könnte. Der Rat hat sich denn auch darauf beschränkt, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß diese Sache normal durch die polnischen Gerichtsbehörden durchgeführt werden wird. In der kurzen Erklärung, die ich abgab, gab ich die Versicherung ab, daß in dieser als auch in allen anderen Sachen die polnischen Gerichte den Beweis ihrer Unparteilichkeit und Unabhängigkeit liefern werden.

Die in dem durch Herrn Stresemann unterstützte Antrage des Herrn Dandurand berührte Frage des Verhältnisses des Völkerbundes zum Minderheitenproblem überhaupt bildet die zweite Gruppe der Fragen, von der ich vorhin sprach. In dieser Frage ist die Rechtslage der Statuten, die Minderheitentrakte abgeschlossen haben, fest, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß man ihnen nicht neue Verpflichtungen entgegen ihrem Willen aufbürden darf. Dies bedeutet jedoch nicht, daß diese Frage definitiv erledigt ist. Das durch den Rat ernannte Komitee wird vor allem die Aufgabe haben zu prüfen, ob man im Rahmen der bestehenden Verpflichtungen nicht irgend welche Erleichterungen im Verfahren wird einführen können. Es ist schwer, schon jetzt zu sagen, zu welchen Schlüssen der Berichterstatter des Rats, sowie die beiden ihm beigegebenen Kollegen kommen werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß nach gründlicher Prüfung der Frage der Rat zu der Überzeugung kommen muß, daß das gegenwärtige Verfahren vollkommen befriedigend ist, und daß im Rahmen der verpflichtenden Traktate die Einführung irgend welcher bedeuternder Änderungen in diesen Traktaten unmöglich wäre. Ich bin daher überzeugt, daß wir mit Ruhe die Arbeiten des Komitees abwarten können; die Wahl seiner Mitglieder, sowie deren große Erfahrung in rechtlich-politischen Fragen werden die Gewähr dafür bieten, daß ihre Beratungen sich auf einer Linie bewegen werden auf der es keine Überraschungen gibt."

Lehrreiche Erinnerung.

Wir lesen in der *Frankfurter Zeitung*: Die Kräfte, die unter der Führung des polnischen Außenministers Zaleski alle Anstrengungen machen, eine Verbesserung der Prozedur bei der Ausübung der dem Völkerbund für den Schutz der Minderheiten obliegenden Garantie zu verhindern, operieren mit einer ausdrücklicher Betrachtung sich ergebenden Diskrepanz zwischen dem materiellen internationalen Minderheiten- schutz, mit dem eine neue Gestaltung des internationalen Rechts sich anbahnt, und dem in mancher Beziehung überholten bisherigen Völkerrecht mit seinem individualrechtlichen Charakter. Sie möchten auf diese Weise auch das Recht der Minderheiten, sich für die Einhaltung der ihnen gegenüber bestehenden Verpflichtungen zu rüsten, dem Grad nach abstufen. So, wenn Briand vor einer Aufrüstung der politischen Leidenschaften gegen den Staat warnen zu müssen glaubte und in demselben Sinne meinte, der Völkerbund dürfe aus den Minoritäten keinen "Block der Unzufriedenen" werden lassen; und noch mehr, wenn Herr Zaleski sich vor einigen Monaten gegenüber Pressevertretern und dem Völkerbund bitter über den Deutschen Volksbund in Polnisch-Schlesien beklagte, weil dieser durch seine unaufhörlichen Beschwerden den Frieden störe. Allein der Begriff der staatlichen Souveränität ist, wie das auch der deutsche Außenminister in Genf dargelegt hat, tatsächlich nicht absolut, und es kommt eben darauf an, zwischen der Souveränität und dem Recht der Minderheiten, für die Erfüllung des ihnen vertraglich zugesagten sich einzusehen, eine möglichst klar erkennbare Grenze zu ziehen. Und da bietet die folgende Bestimmung, auf die wir hiermit ausdrücklich hinweisen möchten, einen sehr wertvollen Anhalt:

Die beiden vertragshaltenden Parteien erkennen an, daß die Minderheiten eine loyale Haltung gegenüber dem Staat zu beobachten haben, in dessen Gebiet sie niedergelassen sind. Die Verteidigung der Minderheitenrechte wird nicht als ein Akt der Untreue (*déloyante*) gegen den Staat angesehen werden.

Dies bestimmt der 2. Absatz des Artikels 12 eines Vertrages, den Polen und die Tschechoslowakei am 23. April 1925 in Warschau geschlossen haben.

Czechowicz unter Anklage.

Warschau, 15. März. Die Budgetkommission des Sejm befaßte sich am gestrigen Donnerstag weiter mit dem Antrag der Linken, den Finanzminister vor dem Staatsgerichtshof anzuklägen. Der Referent Abg. Liebermann verfasste ein Schreiben des Ministers Czechowicz, in dem dieser erklärt, daß er keinen Brief vom 16. November 1928 an den Ministerpräsidenten Bartel nicht vorlegen könne, da er außer der Mitteilung, wie er (Czechowicz) sich zur Frage der Legalisierung der Nachtragskredite stelle, auch private Dinge enthalte. Herr Czechowicz erklärt, daß er ohne Ermächtigung des Ministerpräsidenten dieses Schreiben nicht vorlegen könne, und bittet, diesen Umstand zu berücksichtigen. Der Referent beantragt, dem auch bei den fernereren Verhandlungen stattzugeben. Der Antrag wurde widersprüchlich angenommen. Darauf verfasste der Referent ein Schreiben des Ministerpräsidenten Bartel, das durch Vermittelung des Sejmpräsidenten an die Kommission gerichtet war. In diesem Schreiben teilt Herr Bartel folgenden Beschluß des Ministerrats vom 13. März mit:

Die Regierung hält ihren Standpunkt aufrecht, den sie mehrfach in der Budgetkommission bzw. in den Plenarsitzungen des Sejms zum Ausdruck gebracht hat, den Nachtragsetat für das Jahr 1928 zugleich mit den Rechnungsabschlüssen für denselben Zeitabschnitt vorzulegen. Das Verlangen, Abzüsse in der besonderen Beihilfe des Ministerrats vorzulegen, wäre gleichbedeutend mit der Verlegung des Gesetzes über die Nachtragskredite, aber nicht im Sejm, sondern in der Sejm-Kommission. Aus diesen Gründen ist der Ministerrat der Ansicht, daß das Verlangen der Budgetkommission abgelehnt werden müsse. Mit Rücksicht darauf, daß nach den Informationen der Obersten Kontrollkammer die Rechnungsabschlüsse für 1927/28 in einigen Wochen geprüft sein werden, wird die Regierung diese Abzüsse gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über die Nachtragskredite dem Sejm in der nächsten Session vorlegen. In derselben Session wird die Regierung auch einen Gesetzentwurf über die Nachtragskredite für das Jahr 1928/29 vorlegen. Falls die Angelegenheit des früheren Finanzministers Czechowicz inzwischen dem Staatsgerichtshof überwiesen werden sollte, wird die Regierung jederzeit dieser Institution alle von ihr verlangten Materialien und Dokumente vorlegen. (—) Bartel.

Der Referent beantragt, die Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die Vorlegung der Budgetüberschreitungen nicht zur Kenntnis zu nehmen, denn die Kommission sei nicht ermächtigt, politische Erklärungen der Regierung entgegenzunehmen, da sie nur eine Untersuchungskommission sei für bestimmte Zwecke. Der Referent fügt hinzu, die Kommission hätte sich auch nicht an den Ministerrat wegen Abschriften der Beihilfe gewandt, sondern an den Ministerpräsidenten, der die Beihilfe gewandt, sondern an den Ministerpräsidenten, der sie von Amts wegen aufbewahrt. Es gebe auch kein Gesetz, das dem Ministerrat das Recht gebe, dem Ministerpräsidenten zu verbieten, Abschriften der Beihilfe des Ministerrats einer Kommission zugänglich zu machen, die auf Grund des Gesetzes zur Erforderung dieser Dokumente berechtigt ist. Der Antrag des Referenten, die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis zu nehmen, wurde mit Stimme in Mehrheit beschlossen. Darauf erklärt der Vorsitzende Bartel, daß er die

Beweisausnahme für geschlossen halte, falls neue Anträge gestellt würden. Da das letztere nicht der Fall ist, ergreift der Referent Abg. Liebermann das Wort, um das Ergebnis der Untersuchung, die von der Kommission durchgeführt worden ist, und die daraus sich ergebenden Folgerungen darzulegen. Er führt aus:

Der Antrag der Linken auf Anklageerhebung gegen den Minister hat eine doppelte tatsächliche Grundlage. Zunächst stellt er fest, daß Herr Czechowicz bei der Überschreitung des Budgets um über 563 Millionen Zloty dem Sejm einen Antrag zur Genehmigung dieser Nachtragskredite nicht vorgelegt hat; sodann, daß er diese staatlichen Ausgaben für Zwecke verwandt hat, die im Budget nicht vorgesehen waren. Daraus ergibt der Antrag der Linken Rechtsfolgerungen doppelter Natur: Der Antrag klagt den Minister an, daß Finanzgesetz verletzt und den Artikel 636 des (russischen) Strafgesetzbuches übertritten zu haben.

Abg. Liebermann fährt dann wörtlich fort: „Nachdem ich die Dokumente und die Ziffern um genau untersucht habe, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß die tatsächlichen Behauptungen des Antrages der Linken richtig sind; dagegen kann ich mich mit einer der rechtlichen Folgerungen nicht einverstanden erklären, d. h. ich stelle nicht den Antrag, den Minister wegen Vergehen gegen Art. 636 des Strafgesetzbuches anzuladen. Dieses leichtere strafrechtliche Vergehen scheide ich aus meinem Bericht aus, womit ich aber durchaus nicht sagen will, daß dieses Vergehen nicht begangen, oder daß es begangen worden ist. Eine strafrechtliche Verfolgung aus Art. 636 gehört nämlich vor die gewöhnlichen Strafgerichte. Der Staatsgerichtshof wurde aber für besondere Verfehlungen geschaffen, vor allem wegen Verfehlungen, die in der Verfassung vorgegeben sind, für die das Gesetz über den Staatsgerichtshof ganz andere Strafen vorsieht als in den Strafgesetzen. Der Sejm hat durchaus nicht die Absicht, die gewöhnlichen Staatsanwälte und Gerichte zu vertreten. Es handelt sich für ihn lediglich darum, Vertreter zur verfassungsmäßigen Verantwortung zu ziehen. Dem Sejm ist es in dem Prozeß, den man Herrn Czechowicz macht, in erster Linie darum zu tun, sein Budgetrecht und sein Recht der Kontrolle über die Staatsausgaben zu wahren. Der Staatsgerichtshof hat vor allem die Aufgabe, die Rechte des polnischen Parlaments gegenüber den Ministern zu wahren. Zu diesem Zwecke genügt es vollkommen, den Minister Czechowicz für verfassungsmäßige Verfehlungen zur Verantwortung zu ziehen. Da der Minister bisher diese ungemeinlichen Verhandlungen durch nichts erklärt und gerechtfertigt hat, würde der Sejm seine Pflicht verleugnen, wenn er ein solches Vorgehen dem Staatsgerichtshof nicht zur Aburteilung überweisen würde. Es handelt sich hier um ein Besitztum des ganzen Volkes.“

Der Referent widerspricht dem nicht, daß man in Fällen elementarer und plötzlicher Katastrophen, die man nicht vorausgesehen hat, für das Leben und die Sicherheit der Bevölkerung im Budget nicht vorgesehene Ausgaben machen kann. Insofern der Minister ist verpflichtet, sie sofort dem Sejm zur Kontrolle und Beschlusffassung vorzulegen. Solche unvorhergesehenen und durch die Umstände gebotene Ausgabe kann man bei den Überschreitungen, wenn man liberal vorgeht, höchstens in der Höhe von 50 Millionen feststellen. Den Rest, d. h. 514 Millionen, durfte man nur ausgeben, nachdem man dem Sejm einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hat. Da weder der Minister Czechowicz in den der Kommission vorgelegten Dokumenten, noch auch der Vorstand der Obersten Kontrollkammer die Behauptungen in dem Anklageantrag gegen Minister Czechowicz widerlegt hat, stellt der Referent den folgenden Antrag, der dem Sejm zur Beschlusffassung als Anklage vorgelegt werden soll:

„Der Sejm nimmt den Bericht seiner Budgetkommission, der der Antrag zur Anklageerhebung gegen Minister Czechowicz überwiesen worden ist, zu Kenntnis und beschließt, den früheren Finanzminister Gabriel Czechowicz in dem Anklageerhebung vor den Staatsgerichtshof zu stellen wegen vorsätzlicher Verletzung des Finanzgesetzes vom 22. März 1927.“ Darauf werden die einzelnen Verfehlungen des Ministers aufgezählt.

An den Bericht des Abg. Liebermann schloß sich eine ausführliche Diskussion an, in deren Verlauf der Abg. Kaczkowski vom Regierungsklub im Namen seiner politischen Freunde folgende Erklärung abgab: Mag das Ergebnis der Abstimmung sein, wie es will, so werden Sie die Tatsache nicht verdecken können, daß es Ihnen, den Ankläger gegen den früheren Finanzminister, nicht um die Wahrung der Budgetrechte zu tun ist, sondern um eine ausdrückliche und ausdrückliche politische Aktion, nämlich um die Disqualifikation der seinerzeitigen Regierung des Marschalls Piłsudski.

Abg. Rybarski (Nationaler Klub) erklärt sich für den Antrag des Referenten und ergänzt denselben noch durch Beifügung über den tatsächlichen Missbrauch der Stimmen, um die das Budget überschritten worden ist. Abg. Domański (frühere Revolutionspartei) begründet einen Antrag auf Übergang zur Tagessordnung, wogegen Abg. Gąsienica (PPS) polemisiert. Abg. Dąbrowski (Bauernklub) protestiert dagegen, daß man der Linken politische Motive unterscheide. Abg. Kuźnicki erklärt im Namen der Christlichen Demokratie, daß er zwar die Verdienste des Finanzministers anerkenne, daß es aber erforderlich sei, den Minister für die Finanzwirtschaft, die sich am Gesetz und an die Überlastung der Bevölkerung mit Steuern nicht lehre, zur Verantwortung zu ziehen. Abg. Chodziewski gibt namens der NPK eine ähnliche Erklärung ab, und stellt mit Bestechung fest, daß der Referent die Anklage auf die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit beschränkt.

Der Vizemarschall Woźnicki verliest dann ein Rundschreiben des Ministerpräsidenten und des neuen Finanzministers, worin sämtliche Minister aufgefordert werden, sich an die Finanzgesetze zu halten.

Im Schluß erklärt der Referent, daß er sich bei der Ausarbeitung seiner Anträge nicht von politischen Rücksichten, sondern lediglich von seinem Gewissen habe leiten lassen. Darauf schritt die Kommission zur Abstimmung.

Zunächst wurde über den Antrag des Abg. Domańskiego abgestimmt, über die Angelegenheit zur Tagessordnung überzugehen. Der Antrag wurde mit 18 gegen 9 abgelehnt. Darauf wurde auf Wunsch des Abg. Krzyżanowskiego (BB) über die ganze vom Referenten formulierte Anklage abgestimmt, indem unter Beglaßung des Wortes „vorsätzlich“. Der Antrag des Referenten wurde mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen. Dann wurde besonders über das Wort „vorsätzlich“ abgestimmt, das ebenfalls mit demselben Stimmenverhältnis angenommen wurde, so daß

der Antrag des Referenten ohne Änderung angenommen wurde. Darauf schlug der Referent vor, die Kommission möchte dem Sejm drei Kandidaten in Vorschlag bringen, die nach den Bestimmungen des Gesetzes über den Staatsgerichtshof den Sejm zu repräsentieren und die Anklage vor dem Staatsgerichtshof zu unterstützen hätten. In der Abstimmung wurden für diesen Zweck gewählt die Abgeordneten Liebermann (PPS), Pietrzak (Nationaler Klub) und Wyrzykowski (Wyzwolenie).

Der Litwinow-Pakt im Sejm.

Warschau, 11. März. Auf der Tagessordnung der gesetzlichen Sitzung stand u. a. der Gesetzentwurf über die Ratifizierung des Moskauer Protokolls. Der Referent Abg. Grabski betonte, daß die Sowjetunion kein Mitglied des Völkerbundes sei, und daß daher das Moskauer Protokoll eine besonders große Bedeutung für die Erhaltung des Friedens in Osteuropa habe. Nach einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen, die der Unterzeichnung des Paktes vorangingen, wies der Redner darauf hin, daß der Pakt auch für Rumänien eine grobe Bedeutung durch die Änderung in dem Vorwort zum Moskauer Protokoll habe, wonach festgestellt wird, daß auch zwischen der Sowjetunion und Rumänien Friede herrsehe. Das Moskauer Protokoll habe zwar nur eine vorübergehende Bedeutung, die mit dem Augenblick gegenstandslos werde, da der Kellogg-Pakt selbst ins Leben tritt. Trotzdem wird es nach Ansicht des Referenten stets ein Ausdruck friedlicher Tendenzen der Vertragspartner sein.

In der Diskussion ergriff als erster der Abg. Gąsienica (PPS) das Wort, der die Unterzeichnung des Protokolls als einen gewissen Schritt vorwärts zur Regelung der friedlichen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion betrachtete. Das Protokoll habe eine um so größere Bedeutung als die bolschewistische Propaganda in der Welt die Überzeugung festigen wolle, als ob Polen unter dem Diktat einiger Weitstaaten sich für einen Angriff auf Sowjetrußland vorbereite. Die polnische Politik gegenüber Russland sei eine Friedenspolitik. Der Einwand der Vertreter der nationalen Minderheiten (nur der Ukrainer und Weißrussen). Die Red., daß dieser Pakt mit der Sowjetunion eine neue Teilung der Ukraine oder Weißrussland bedeute, könne nicht anerkannt werden, da man für das Friedenswerk alles Mögliche tun müsse, und es gebe keine so schöne Ideologie, für die man einen Krieg vom Baume brechen dürfe. Daher stehe die Partei des Redners auf dem Boden der territorialen Autonomie. Zum Schluß betont der Redner, daß die Unterzeichnung Russlands und die Initiative der Sowjetunion nicht in dem polnischen Umfang vertrauenswürdig seien, wie man sich dies in Polen gewünscht hätte. Denn man dürfe nicht vergessen, daß der letzte Kongress des Kommintern ein Programm für die Kommunisten aufgestellt habe, das sich voll und ganz auf die Kriegsside stütze.

Abg. Waszynecki (Ukrainischer Klub) erklärte, daß sich die Ukrainische Unabhängigkeitspartei der Ratifizierung des Litwinow-Paktes nicht anschließe, da der Pakt auf dem Boden des heutigen Status quo entstanden sei, der die Parteien durchaus nicht binden. Hier unterbricht der Marschall den Redner mit dem Bemerkern, er könne nicht gestatten, daß von der Tribüne herab eine Erklärung abgegeben wird, daß Abkommen für die Parteien nicht bindend seien. Der Marschall drohte an, daß er dem Redner das Wort entziehen werde, sollte er in demselben Geiste weiter sprechen, und fügte hinzu, daß die Gesetze alle verpflichten und die Redner ebenfalls. Da der Abgeordnete Waszynecki die Androhung unbeachtet ließ, wurde er zur Ordnung gerufen.

Abg. Stroncki (Nationaler Klub) legte Nachdruck auf die Feststellung, daß die dritte Internationale den Krieg als eine Notwendigkeit ansiehe, daß aber andererseits in Russland auch andere Strömungen und zwar Selbstverhältnisse bestehen. Nach Ansicht des Redners kann man das Abkommen als den letzten Schritt der einseitigen Verhandlungen um den eigentlichen Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland ansehen. Stroncki polemisierte sodann mit den Ausführungen des ukrainischen Abg. Waszynecki und schloß mit der Forderung, daß die Gesetze und die Staatsgrenzen respektiert werden müssten.

Nachdem sich im Namen des Regierungsklubs der Abg. Łoewenherz für und der Abg. Gałyński von der Weißrussischen Arbeiter- und Bauernpartei gegen die Ratifizierung ausgesprochen hatte, wurde der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der weißrussische Klub enthielt sich der Abstimmung.

In Erledigung der weiteren Tagessordnung erzielte der Abg. Zahajkiewicz (Ukrainischer Klub) einen Bericht über die Auslieferung der Abgeordneten Warski und Witwer (Komunistische Fraktion) sowie Walentynki (Selbst-Linke) an die Gerichte. Diese Abgeordneten hatten während der Gerichtsverhandlung gegen die ehemaligen Abgeordneten der weißrussischen „Gromada“ in Wilna im Namen ihrer Wähler ein Hoch an die „Gromada“ ausgetragen. Die Kommission hatte sich gegen die Auslieferung ausgesprochen; doch bei der Abstimmung im Plenum wurde der Kommissionsontrag mit 185 gegen 121 Stimmen abgelehnt. Die drei Abgeordneten werden somit an die Gerichte ausgeliefert werden.

Im Namen der juristischen Kommission brachte der Abg. Liebermann (PPS) den Antrag des Ukrainischen Klubs vor, in dem die Novellierung des Art. 82 des Dekrets über die Gerichtsverfassung dahingehend gefordert wird, daß in Gebieten, in denen heute das Sprachenrecht verpflichtet, zu Richtern und Prokuren nur Kandidaten ernannt werden, die die Sprache der die Gebiete bewohnenden Minderheit in Wort und Schrift beherrschen. Die Kommission hatte diesen Grundsatz als richtig erkannt, jedoch mit Rücksicht darauf, daß das Gericht zur Einführung solcher Bestimmungen nicht vorbereitet sei, nur eine Entschließung an die Adresse der Regierung in Vorschlag gebracht, nach welcher zu Richtern und Prokuren möglichst Kandidaten ernannt werden, die die Sprache beherrschen. Die Entschließung der Kommission wurde zum Besluß erhoben.

Die nächste Sitzung findet am Freitag nachmittags um 4 Uhr statt.

Der Peil wendet sich gegen den Schük.

„Mit welchem Maß ihr messet, soll auch euch gemessen werden!“

Berlin, 15. März. (PAT) Der „Vollswille“, das Organ der Trotskisten, veröffentlicht in seiner gestrigen Ausgabe einen aus Moskau unter dem 15. Februar datierten Aufruhr der russischen Trotskisten, in dem es heißt, daß vor kurzem 63 Mitglieder der Opposition verhaftet und zur Strafarbeit nach Tobolj verbracht worden sind. Den Gefangenen verweigerte man warme Kleidung, so daß einem belauerten bolschewistischen Agitator befehl gegeben wurde, daß sie abgefroren sind. Die Behandlung der Gefangenen ist ungeheuer streng. Als Protest gegen diese Behandlung haben 12 Gefangene am 4. Februar einen Hungerstreik begonnen, an dem sich auch ein Bolschewist beteiligte, der ziviliert mit dem Orden der Roten Fahne ausgezeichnet worden war. Der Artikel schließt mit einem Aufruhr zur Einleitung einer Protestaktion gegen den Sowjetterror, der gegenüber verdienten revolutionären Agitatoren angewendet wird.

Wodurch haben sich diese revolutionären Agitatoren denn „ziviliert“ gemacht? Auch nur durch Terror, der so schreckenerregend und bestialisch war, daß er auf Erdem nicht mehr geführt werden kann. Die Klagen der Trotskisten über den „Sowjetterror“ sind fürwahr eine Heuchelei ersten Ranges!

London, 14. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat Trotski in einem Interview erklärt, daß er, obwohl er im Augenblick noch keine Antwort auf seinen Antrag erhalten habe, doch hoffe, eine Entmächtigung für seine Überfahrt nach Deutschland zu bekommen. Anträge für die Einreise nach der Tschechoslowakei oder nach Frankreich habe er nicht gestellt.

Die Polen in der Tschechoslowakei.

„Was du nicht willst, daß man dir tu, das sag auch keinem anderen zu!“

Prag, 14. März. Vor einigen Tagen beschäftigte sich der tschechoslowakische Sejm in Prag mit der Frage der Revision des polnisch-tschechischen Handelsabkommen und besonders mit der Frage der Einfuhr polnischer Kohle nach der Tschechoslowakei. Bei dieser Gelegenheit ergriff u. a. auch der polnische Abgeordnete aus dem Teschener Schlesien, Dr. Leon Wolf, das Wort, der seinen tschechischen Kollegen vorwürft, wegen der schlechten Behandlung der polnischen Minderheit in Teschen-Schlesien mache.

Dr. Wolf suchte, dem „Illustrowaný Kurier Godzieny“ zufolge, auf Grund von Tatsachen den Nachweis zu führen, daß die tschechischen Grubenbeamten auf die polnischen Arbeiter einen Druck ausüben, daß sie ihre Kinder in tschechische Schulen schicken. Dasselbe Verfahren wende man auch bei landwirtschaftlichen und Forstarbeitern an, die in Staatsforsten beschäftigt wären. Unrecht geschehe ferner den Arbeitern, wenn es sich um die Erlangung der tschechischen Staatsangehörigkeit handelt.

„Die Polen im Teschener Schlesien“ — sagte der Abg. Dr. Wolf — „stellen ein loiales Element dar, erfüllen ihre Pflichten gegenüber dem Staat, fordern aber auch dafür ihre Rechte. Wir wünschen die Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volke und die gegenseitige Eintracht, aber nicht auf unsere Kosten. Man hat uns bei der Ernennung von Mitgliedern in die Kreisvertretungen im Teschener Gebiet und im Freistädter Bezirk geschädigt. Man repatriiert weder unsere Rechte noch unsere berechtigten Forderungen.“

Auf diese Rede reagierte der tschechisch-nationaldemokratische Abg. Szpaczek, der die Vorwürfe des Abg. Wolf zurückwies. Er meinte, daß die Tschechen im Teschener Bezirk gerade von den Polen bedrängt würden. Die Tschechen würden auch weiterhin eine Politik der Tschechisierung der Teschener Bevölkerung betreiben. — Der „Illustrowaný Kurier Godzieny“ erwähnt noch eine Rede, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurde, und zwar die Rede des polnischen kommunistischen Abgeordneten Śliwiński, der sich in Versammlungen Polens ergab. Seine Ausschreibungen richteten sich gegen den Marschall Piłsudski, Regier und überhaupt gegen die herrschenden Politiker des polnischen Staates. Das Blatt schließt seinen Artikel mit der Feststellung, daß das polnische Volk in der Tschechei lediglich auf seine eigenen Kräfte bauen könne.

Zwischen zwei Mühlsteinen . . .

Die „Kattowitzer Zeitung“ weist darauf hin, daß bei der Teilung des Teschener Landes zwischen Polen und der Tschechoslowakei zwar die Interessen dieser beiden Nationalitäten berücksichtigt worden wären, daß aber keiner sich um das Schicksal der zahlreichen Deutschen gekümmert habe, die dort beiderseits der heutigen Grenze ihre Heimat haben. Daß die beiden beteiligten Staaten mit der Grenzziehung nicht einverstanden sind, ist eine bekannte Tatsache. Die Tschechen wünschen den Polen und die Polen den Tschechen nichts Gutes. Aber darin sind sie sich einig, daß keiner von ihnen die Deutschen behalten möchte.

Sehr treffend schildert ein tschechisches Blatt in Mährisch-Ostrau, daß wegen seiner Unaussprechbarkeit hier unzittert bleiben mag, die Tätigkeit der Polen im Teschener Gebiet. Es schreibt: „Die Polen bemühen sich, die deutsche Minderheit in ihrem Staat so viel als möglich zu schwächen, und sie gehen gegen sie nicht direkt, sondern auf Umwegen vor. Dieser Weg ist dafür um so sicherer. Ein Dorf im Auge ist ihnen ständig Teschen, das sie gern ganz polnisch haben möchten. Es leben dort sehr viele Deutsche, welche polnische Staatsbürger sind. Die polnische Bevölkerung von Teschen macht keine Revolution, aber sie boykottiert ein mit den Deutschen zusammenhängendes Geschäft oder ein Gewerbe haben, so daß es den Deutschen sehr schlecht geht. Es wird nicht lange dauern, und sie werden wegziehen. Sie verlassen dann die Stadt, und damit sie nicht allzuweit wandern müssen, werden sie über die Brücke ziehen und werden sich bemühen, bei uns einen Erwerb zu finden.“

Das tschechische Blatt ist ferner der Meinung, daß die große Liberalität der Tschechen gegenüber der deutschen Minderheit diese Überlistung begünstige. Es illustriert aber diese „Überlistung“ gleich am besten durch die Bemerkung, daß die Tschechen es ebenso machen müßten wie die Polen. „Wir müssen uns gegen den Deutschen in Polen unzufrieden sind und zu uns übersteteln werden, um sich hier festzusetzen und zu vermehren. Seien wir deshalb auf der Wacht und stärken wir unser Teschener Land und Tschechisch-Teschen nur durch tschechische Elemente und lassen wir keine Entstaltung der Germanisation zu.“

Grenzdeutsches Schicksal unserer Zeit! Man will den Deutschen zwischen zwei Mühlsteinen zerreißen. Darin bewährt sich slawische „Solidarität“ und „Toleranz“. Gleiche Brüder, gleiche Lappen!

Republik Polen.

200 000 Zloty für das Nationaldenkmal in Gdingen.

Warschau, 14. März. Die Sammelaktion zum Bau des Denkmals der „Vereinigung der polnischen Gebiete“, das im Meer am Eingang des Gdingener Hafens gebaut werden soll, hat dem „Gros Prawd“ aufgrund bereits hervorragende Ergebnisse gesetzt. Bis jetzt sind ein a 200 000 Zloty gesammelt worden. Das ist aber erst die Hälfte der Gesamtsumme des Denkmalbaues. Den hervorragendsten Anteil an diesem Betrage hat die schlesische Wojewodschaft, wo sich die Sammelaktion auf sehr weite Kreise erstreckt hat.

Bolschewistischer Gefangenenaustausch.

Warschau, 15. März. Die Delegation des polnischen Roten Kreuzes, die in Kowno über den Austausch von politischen Gefangenen zwischen Polen und Litauen verhandelt, ist soeben nach Warschau zurückgekehrt. Die Verhandlungen hatten einen günstigen Verlauf. Litauen soll an Polen eine gewisse Anzahl von litauischen Gefangenen ausliefern und Polen eine Anzahl von litauischen Gefangenen freilassen, die wegen antisemitischer Täterschaft und zum Teil wegen Spionage Gefängnisstrafen verbüßten.

Ein netter Staatsanwalt.

Posen, 15. März. (Eigene Drahtmeldung.) Die Richter ordneten die Verhaftung des Unteryprokutors Dembiński am Bezirksgericht in Posen wegen Unterschlagung von ihm anvertrauten Depositengeldern an. Die Verhaftung ist gestern nachmittag erfolgt.

Bromberg, Sonnabend den 16. März 1929.

Pommerellen.**Hoffnung auf einen günstigen Verlauf des Hochwassers.**

Die Entwicklung der Wetterlage gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß das Weichselhochwasser ohne große Schwierigkeiten ablaufen wird. Während in Westpolen, im Unterlauf der Weichsel, starkes Tauwetter eingefest hat und die Nebenflüsse zum Teil schon Hochwasser führen, herrscht in Südostpolen, im Gebiet des Oberlaufes der Weichsel, noch Frost, so daß zu erwarten ist, daß die Hochwasserwellen aus den beiden Gebieten nicht zusammenstoßen und infolgedessen der Abfluß der Wasserläufe sich auf eine längere Zeit verteilt und dadurch leichter von dem Flussbett bewältigt werden kann.

15. März.

Graudenz (Grudziądz).

Öffentliche Ausschreibung. Der Magistrat (Bauamt) will die Unterhaltung der Pappdächer der städtischen Gebäude auf die Dauer von zwei Jahren in beschränkter Submission vergeben. Bewerbungen sind in versiegelten Umschlägen mit entsprechender Aufschrift bis zum 25. März d. J. vormittags 11 Uhr, beim städtischen Bauamt einzureichen. Der Magistrat behält sich die Auswahl unter den Bewerbern vor.

Wegen antistaatlicher Agitation wurde vor einigen Tagen ein Kommunist namens Golebiowski festgenommen. Er, der schon öfters infolge seiner radikalen Betätigung mit den Behörden in Konflikt gekommen ist, riefte in letzter Zeit sein Augenmerk besonders auf Beschäftigte der PeGeGe, die er beim Verlassen der Arbeit um sich sammelte und denen er seine Ideen beibringen versuchte. Seiner Arretierung setzte er Widerstand entgegen und beleidigte die Beamten. Nunmehr wird er sich vor Gericht verantworten müssen.

Eine Versammlung der Sektion der Weingroßhändler fand am Dienstag voriger Woche in der Zentrale des Verbandes der pommerellischen kaufmännischen Vereine in Graudenz statt, an der auch Vertreter der Pomorska Izba Starcowa teilnahmen. Es wurden u. a. die Verordnung des Finanzministeriums, betreffend den Ausschank ausländischer Spirituosen, die Angelegenheit des Weinausschanks, ferner die Sache der Erhöhung der Prozentsätze der insländischen Weine beprochen, sowie ein Muster für das von den moussernden Getränke in verschlossenen Gefäßen und in Gläsern verkauften Firmen zu führende Schild festgelegt.

In Sachen der jüdischen Gemeindewahlen fand Mittwoch abend im "Goldenem Löwen" eine Versammlung statt, in der eine Besprechung der Wahlangelegenheit erfolgte. Es sind für den am 7. April stattfindenden Wahltag drei Listen von den verschiedenen Richtungen aufgestellt worden, die je 16 Namen tragen. Zu wählen sind acht Mitglieder der Gemeindeverwaltung. Die Zahl der wahlberechtigten Mitglieder der jüdischen Gemeinde beträgt zurzeit 118.

Autodroschensafahrt ohne Funktion der Zähler sind verboten. Nachdem die Autodroschken nach dem so schleunigst beendeten Streik ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hatten, haben die Besitzer, entgegen der dem Magistratsvertreter von ihnen abgegebenen Erklärung, daß sie bis zur Zeit des Zusammentritts der Tarifkommission nach den alten Taxifahren fahren lassen werden, die Zähler ausgechaltet und durch die Chauffeure nach Güttdücken von den Passagieren die Fahrpreise erheben lassen. Infolge dieser Haltung der Droschkenbesitzer berief Stadtpräsident Kröbski am Mittwoch eine Vollzügung des Magistrats ein, in welcher beschlossen wurde, allen denjenigen Droschkenbesitzern, die ohne Zähler fahren oder einen höheren Tarif berechnen lassen werden, als er vom Magistrat fürztlich festgesetzt worden ist, die Fahrerlaubnis zu entziehen.

Thorn (Toruń).

Der Wasserstand der Weichsel betrug Donnerstag früh 0,99 Meter über Normal, ist also trotz des anhaltenden Tauwetters wieder um einige Zentimeter zurückgegangen.

Eine Autobusverbindung wird von Privatseite zwischen der Stadt und der Jakobsvorstadt eingerichtet. Eine Fahrverbindung hierhin ist schon seit langem gefordert worden, zumal die Jakobsvorstadt als einzige noch keine Straßenbahlinie besitzt und in absehbarer Zeit wohl auch keine erhalten dürfte. Die Autobusse werden vom Neustädtischen Markt bis zum Schlachthaus an der Leibnitzer Straße und zurück verkehren.

Bleirohre gestohlen wurden der Lektorfabrik W. Maćkoniak (früher Sultan u. Co.) in der Breitenstraße 24. Der Schaden beträgt etwa 30 Zloty. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Polizeilich beschlagnahmt wurde neuerdings wieder ein falsches Zweizylinderstück. Dies ist in den letzten Tagen das vierte oder fünfte Stück, so daß man wohl annehmen darf, daß sich eine größere Menge hieron im Umlauf befindet.

Noch glimpflich abgelaufen ist Mittwoch nachmittag ein Straßenunfall in der Breitenstraße. Beim Überqueren des Fahrdamms an der Natzapotheke geriet ein Mädchen mit einem kleinen Kind vor ein herannahendes Lastauto. Geistesgegenwärtig lenkte der Führer die Borderräder auf den Bürgersteig, so daß das Mädchen nur umgerissen wurde und mit ein paar Schrammen davonkam, während dem kleinen Kind nichts passierte.

Der Polizeibericht vom 14. März meldet die Festnahme von drei Personen wegen Einbruchsdiebstahls und von je einer Person wegen versuchten Diebstahls und wegen Trunkenheit. — Wegen Nichtbeachtung polizeilicher Vorschriften wurden drei Protokolle aufgenommen.

y. Briesen (Babrzewno), 14. März. Tragischer Tod eines Greises. Am 5. d. M., gegen 10 Uhr morgens, begab sich der 77jährige Andreas Przyjazdowski aus Klein-Radomisch, welcher seit Weihnachten bei seiner Tochter hier wohnte, wieder nach Klein-Radomisch zurück. Trotz vieler Mahnungen seiner Tochter ließ er sich nicht davon abhalten, den Heimweg bei schlechtestem Wetter anzutreten. Die Kräfte des Greises reichten nicht aus, den doch ziemlich weiten Weg zurückzulegen. Er wurde am nächsten Tag von Schülern tot aufgefunden.

h. Gorzno (Górzno), 13. März. Auf dem gefürchteten Wochenmarkt war der Eierpreis infolge der großen Zufuhr um 1,50 gesunken, so daß man die Mandel bereits für 2,50 bekommen konnte. Dagegen hatte der Butterpreis etwas angezogen. Das Pfund kostete 2,80—2,50. Für Geflügel zahlte man folgende Preise: Hühner 3—5, Enten 4—6, Gänse 6—9. Grüne Heringe kosteten 0,40—0,50 pro

Pfund. Am nächsten Dienstag, 19. d. M., findet hier ein Krammarkt statt.

ch Konitz (Chojnice), 14. März. Vor Gericht hatten sich wegen Plündерung der "Bazar" Automaten in verschiedenen Restaurants zu verantworten: Bronislaw Waldoch, Jan Kaliniski, Josef PiekarSKI, Franz Knoll und Paul Laskowski. Ebenfalls wird den Angeklagten zur Last gelegt, daß sie anstatt 20-Groschen-Stücke entsprechend schwere Bleistücke in die Automaten warfen. Bei verschiedenartigen Revisionen der Automaten fanden dann die betr. Gastrume anstatt Geld eine Menge Bleiplatten in der Kasse. Das Gericht verurteilte Josef PiekarSKI zu drei Monaten Gefängnis und Tragung der Kosten. Die Strafe unterliegt der Anwalts. Die anderen Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. — Josef Nekalski aus dem Kreise Konitz hatte sich wegen Widerstandes gegen einen Polizeibeamten zu verantworten. Er wurde zu zwei Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. — Am Sonnabend, dem 16. März, um 9 Uhr vormittags verkauft die staatliche Oberförsterei Bildau im Lokale des Herrn Janekowski in Mentschikow Brennholz aus den Revieren Plecko und Olszyny. — Am gleichen Tage findet von 10 Uhr vormittags an im Lokale des Herrn Felski in Brus ein Verkauf von 24,36 Kubikmeter Rukholz und 259 Kubimeter Brennholz aus dem Walde Antoniewo statt.

h. Strasburg (Brodnica), 13. März. Bei einem Bauer in Cieśnyn führte die Polizei eine Haussuchung durch, wobei sie einen Hafen und mehrere Hafenselle fanden. Der Bauer hatte das Bild mittels Schlingen gefangen. — Der Landwirt Anton Przyjaznicki in Kl. Summe (Sumówko) hatte sein Bargeld unter den Kopftüpfen verwahrt. Das Geld ist ihm dort in einem Betrage von 400 Złoty gestohlen worden, ohne daß der Langfinger ermittelt werden konnte. — In derselben Gemeinde wurden dem Fischer Szymbański Fische im Werte von etwa 1000 Złoty gestohlen. Die Fischdiebe konnten ermittelt werden.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* **Łódź**, 14. März. Bedingungslose Haft für Unsauberkeit. Im November des vergangenen Jahres haben die Verwaltungsbehörden Maßnahmen gegen die antisaniären Zustände in der Stadt getroffen und finden dabei auf den Schmutz aufmerksam geworden, der auf den 178 Grundstücken der Widzewer Baumwollmanufaktur herrscht, die fast ausschließlich von Arbeitern dieses Werkes bewohnt werden. Gegen die Widzewer Baumwollmanufaktur wurde ein Verfahren eingeleitet, das zum Ziel hatte, die Firma zu zwingen, ihre Grundstücke in einen ordentlichen Zustand zu bringen. Es wurde jedoch ebenfalls festgestellt, daß in der Zeit von Dezember bis Januar d. J. der sanitäre Zustand sich derart verschlechterte, daß er schließlich zu einer Gefahr für die Gesundheit der Bewohner wurde. Das ständige Einschreiten der Polizei hatte keinen Erfolg. Als der Starost die Verfügung erließ, daß bis zum 4. März alle Grundstücke in Ordnung gebracht und der Schmutz und das Eis fortgeschafft werden müssen, reagierte die Firma auch diesmal nicht. Nun kam diese Angelegenheit vor der Strafanstalt der Łódźer Stadtstarostei zur Sprache, wobei alle Mitglieder der Verwaltung der Widzewer Baumwollmanufaktur, und zwar Oskar Kon, Max Kon, Adolf Bielskowski und Maurycy Borsig zu je 10 Tagen bedingungsloser Haft verurteilt wurden. Außerdem beschloß die Stadtstarostei, alle 178 der Widzewer Baumwollmanufaktur gehörenden Häuser auf Kosten dieser Firma in Ordnung bringen zu lassen und diese Kosten mit einem zehnprozentigen Zuschlag zwangsweise einzutreiben.

Freie Stadt Danzig.

* **Danziger Stadttheater.** Das kriminalistische Spiel des Amerikaners Bayard Veiller "Der Prozeß Mary Dugan" ist nun auch der Danziger Bühne besichert

Thorn.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir Allen, insbesondere Herrn Pfarrer Steffani für die trostreichen Worte am Sarge unsern

herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

Frida Krüger.

Brzoza, den 14. März 1929.

Tätigkeit als Bauunternehmer

wieder aufgenommen habe, empfehle ich mich meiner verehrten Kundschaft zur Ausführung von Neubauten u. Reparaturen jeglicher Art.

Anfertigung von Zeichnungen u. Kostenanschlägen.

Heinrich Müller, Zimmermeister
Mała Ziawie, pow. Toruń.

Da ich meine frühere

Schönheit u. Jugend erhalten Sie durch:

elektr. Gesichtsmassage,

elektr. Gesichtsdampfbäder,

"Figaro"

Grudziądz, Szwedzka 14

Damen- und Herren-

Friseuralon für individuelle

Frisierkunst.

Gold- u. Silbermünzen

auch Bernstein laut

15470 Paul Wodał,

Uhrmacher, Toruńska 5,

Brzeg, 37i. Szwedzka.

Emil Rosenau,

Wielle Lubień, poczt

Grudziądz, 3639

Bruteler

gep. Plasm.

Rods, 37i. Szwedzka.

à 60 gr. Zuchthäuse

Grudziądz, Telef. 616.

Am Sonnabend, d. 16.:

Lehrling

stellt ein

B. Beller, Schneider-

meister, Szolna 2/4,

einladet Der Wirt,

3682

Deutsche Bühne Grudziądz G. B.

Sonntag, den 17. März 1929

nachmittags 3 Uhr im Gemeindehause

Fremden- u. Volksvorstellung

Zum unwiderrührlich leichten Male!

"Der Prozeß Mary Dugan"

Ein Stück in 3 Akten von Bayard Veiller

Regie: Dr. Kotian.

Eintrittskarten im Geschäftszimmer

Mickiewicza 15.

Telefon 35.

5000 Złoty

vergabe ich auf Land-

grundst. a. sich. Hypoth.

Alukerd, habe 6 unged.

Sterken von 6—7 Mr. d.

Sic., Herdbuchabstam-

bung, und 10 Küälber zu

vertaufen. Gutsbesitzer

Emil Rosenau,

Wielle Lubień, poczt

Grudziądz, 3639

Bruteler

gep. Plasm.

Rods, 37i. Szwedzka.

à 60 gr. Zuchthäuse

Grudziądz, Telef. 616.

Am Sonnabend, d. 16.:

Wurstessen

m. Eisbein u. Rinderfle

in d. Räumen der Gut-

templerloge, wozu erg.

einladet Der Wirt,

3682

Deutsche Bühne Grudziądz G. B.

Sonntag, den 17. März 1929

nachmittags 3 Uhr im Gemeindehause

Fremden- u. Volksvorstellung

Zum unwiderrührlich leichten Male!

"Der Prozeß Mary Dugan"

Ein Stück in 3 Akten von Bayard Veiller

Regie: Dr. Kotian.

Eintrittskarten im Geschäftszimmer

Mickiewicza 15.

Telefon 35.

5000 Złoty

vergabe ich auf Land-

grundst. a. sich. Hypoth.

Der rote Zar.

Vom Priester Schüler Dschugashwili bis zum Bezwinger Trotski.
Stalins abenteuerlicher Werdegang.

Von ***

Ein intimer Kenner der russischen Machthaber von heute berichtet über Stalins abenteuerliche Laufbahn. Seine Ausführungen müssen im Augenblick, da Trotski als ein Verbannter in der Welt umherirrt, besonderes Interesse erregen.

D. Red.

Wieder (noch einmal?) hat der „rote Zar“ gesiegt! Sein mächtigster Gegner — der ehrgeizigerfresene, bewegliche und intelligente Trotski — muss Russland verlassen und geht — ein Heimatloser, den niemand aufnehmen will — in die Verbannung. 1600 Anhänger seiner Lehren aber wandern nach Sibirien wie in den Zeiten des Zaren: ein langer, schwieriger Zug geschlagener Männer; nur dass statt Kofakken jetzt Beamte der GPU auf den kleinen, struppigen Gauen hocken und mit Geieraugen jede Bewegung beobachten. Langsam versinkt hinter ihnen Europa — ein paar Tage noch leuchten durch die glasklaren Winterlager die schneedeckten Gipfel des Ural in ihre Einsamkeit — dann reicht die atemraubende Kälte Nordafrikas die Deportierten in ihren Hatten, frischt sich in sie hinein, raubt ihnen das Denken, höhlt sie — von innen her — langsam aus, bis sie als lebende Leichen jeden Trost vergessen und jedes Wollen.

Sie arbeitet langsam, die russische Justiz. Aber sie arbeitet mit einer grauwolligen Überlegung.

In Moskau aber schwingt der „rote Zar“ die Geisel — keine Muskel in dem bleichen, asiatischen Gesicht unter den kurzgeschorenen, tiefschwarzen Bürstenhaaren wird gewackt haben, als er das Ausweisungsdiktat für Trotski unterzeichnete. Er ist ein Fanatiker, dieser Stalin, aber kein eisfalter.

Wenn er spricht, dann steht er — beide Fäuste auf die Brustung des Pults gesetzt — leicht vorübergezogen, die gesetzten Mongolenangen bis auf einen schmalen Spalt geschlossen. Seine Rede ist messerscharf, jedes Wort ist überlegt und lange erwogen. Nie wird er leidenschaftlich. Nur wenn er von „ihm“ spricht, dem Parteipapst Uljanow-Lenin, dann ist es, als verbogene der Große sich innerlich vor dem Größeren. Jahrelang haben sie zusammen gearbeitet, Lenin und Stalin, haben gemeinsam den inneren Aufbau der Partei organisiert und über ihrer Entwicklung gewacht. Und heute noch betrachtet Stalin sich in erster Linie als den Pfleger von Lenins Nachlass.

Fünf Jahre sitzt er jetzt im Kreml, gefürchtet von seinen Freunden und gehasst wie die Pest von seinen Feinden. Fünf Jahre lang beherrscht er jetzt allmächtig das größte Reich Europas. Fünf Jahre schon kämpft er mit verbissener Zähigkeit gegen die „Konterrévolutionäre“ Trotski und Genossen und ist jetzt endgültiger Sieger geblieben. Er — der einstige Priester Schüler Josef Wissarionowitsch Dschugashwili, genannt Stalin!

Weder Westeuropa noch Russland selber weiß etwas aus dem Leben dieses Mannes. Sie sind wortkarg, die großen Bolschewiken, wenn sie von sich reden wollen. Sie haben keine Zeit, Memoiren zu schreiben, diese Priester der Weltrevolution. Sie müssen das Dogma der Partei lehren und die geheimen Fäden lenken, an denen die Masse hängt. Ihr Privatleben ist ausgeschaltet, untergegangen in dem geprägten „Kollektivismus“. Sie sind — ähnlich wie jener Preuentüng der „erste Diener seines Staates“ war — die ersten Dienner ihrer Partei, die über allem steht, selbst über der Persönlichkeit!

Aller dieser bolschewistischen Größen Werdegang ist seltsam. Auch Stalins Leben hat sich auf krummen Pfaden bewegt, bevor er wurde, was er heute ist: der „rote Zar“ und souveräne Beherrcher von 150 Millionen Menschen. Er selbst hat seinen wahren Namen vielleicht längst vergessen. Nicht vergessen aber hat er die vier Jahre der Verbannung in Sibirien. Und er wird sie — wie er gern häuptigt — nie vergessen. Die Erinnerung an sie bringt dieser Mann! Sie sind der Jungbrunnen, der Wegstein für seinen Hass gegen das alte, längst versunkene Zarentum, gegen die „Bourgeoisie“, gegen den „Obrigkeitsstaat“.

In der elenden Kate eines halbfreien Bauern wurde im Jahre 1879 ein schwächliches kränkelndes Kind geboren. Arzt und Hebammme gab es noch nicht in Didi-Lilo bei Tiflis; nur die Künste der „weißen Frau“ des Dorfes und ihre abergläubischen Besprechungen haben dem Knaben das Leben erhalten. Als Kind schon lernt er die Arbeit des russischen Muschik kennen; er muss pflügen und säen und auf die mageren Schweine aufpassen, die in der Tiefe der Kate ihr Nachquartier haben. Später zieht der alte Dschugashwili nach Gorgi bei Tiflis, wo er als Arbeiter in einer Schuhfabrik Beschäftigung findet. Josef aber tritt als 14jähriges Kind in das dortige Priesterseminar ein, weil seine Mutter „einen Heiligen“ aus ihm machen will.

Er wurde kein Heiliger — ! Nichts lernte er bei den frommen Patern, nur den Hass gegen das Zarenreich und gegen Großrussland. „Los von Russland!“ hieß damals die Parole in Georgien, und die Mönche waren die eifrigsten Sendboten für die georgischen Selbständigkeitserklärungen. Später finden marxistische Ideen Eingang in das Seminar, die Schüler bilden eine eigene Zelle und als Achtzehnjähriger leitet Dschugashwili zum ersten Male eine Sitzung der verbotenen Sozialdemokratischen Partei. Jetzt verliert er alles Interesse an den frommen Übungen. Tagelang bleibt er dem Seminar fern, durchstreift die Werkstätten der Eisenbahnwerke in Tiflis, gründet „Zellen“ und ist bald der eifrigste Apostel der neuen Lehre, die

Umsturz und Revolution predigt. Gegen die strenge, altüberlieferte Ordnung der Priesterschule lehnt er sich erst heimlich, dann offen auf, bis ihm der Prior bedient, er sei ungeeignet für den Priesterstand und es sei aussichtslos, dass er jemals eine Parre erhalten!

Dschugashwili lacht und wirft den Patern die Kette vor die Füße. Mit zwanzig Jahren tritt er in die Parteileitung der marxistischen Organisation in Tiflis ein und wird „Revolutionär von Beruf“.

Josef Wissarionowitsch Dschugashwili ist ein „Unterirdischer“ geworden. Gehegt von der Ochrana, verfolgt von allen Behörden, bejubelt und geliebt von den Genossen, führt er ein unstetes Wanderleben. Auch seinen alten Namen hat er mit dem Priesterrock abgelegt; die Partzentrale der Revolutionäre in Moskau schickte ihm neue Papiere, die auf Iwanowitsch, Tschischlow, Koba, David und endlich auf Stalin lauteten. Unter diesem Namen fällt er 1902 zum ersten Male der Ochrana (der politischen Polizei des Zarenreiches) in die Hände, die ihn zwei Jahre lang im Untersuchungsgefängnis in Batum festhält, um von ihm die Namen der Mitglieder der Parteizentrale in Moskau zu erpressen. Stalin schweigt. Nicht der Hunger und nicht die Füße, nicht gekaufte Zellengenossen und nicht die Drohung mit Sibirien bringen ihn zum Reden. Mit immer gleicher Ruhe steht er vor seinen Richtern und nicht einmal das Urteil — drei Jahre Verbannung nach Sibirien — bringt ihn aus der Fassung.

Im März des Jahres 1902 wandert Stalin zum ersten Male den Weg des Schreckens, den er jetzt Lausende geschickt hat. Erst in Irkutsk kommen die wundelaufenen, vom Frost zerfressenen Füße zur Ruhe. Aber nicht lange: vier Wochen nach der Ankunft an dem Verbannungsort gelingt es ihm, zu entkommen. Die Partei hilft ihm, schickt ihn nach Moskau, rüstet ihn aus mit Geld und Kleidung. 1904 aber sitzt er wieder in Tiflis und redigiert die geheime bolschewistische Propagandazeitung „Der Kampf des Proletariers“. 1905 ist er Delegierter auf dem Bolschewitenkongress in Stockholm, 1907 in London.

Genau sechs Jahre nach seiner ersten Verbannung fällt Dschugashwili — der sich jetzt schon immer Stalin nennt — zum zweiten Male in die Hände der Ochrana und wird wieder auf drei Jahre nach Sibirien gestrichen. Kaum in Wologda angekommen, reicht er aus, wird 1910 aber wieder erwischt, reicht wieder aus und wird 1911 zur Parteizentrale in Moskau kommandiert. Sein Einfluss wächst, auch im Ausland wird der Name Stalin bekannt, immer neue Anhänger weist er der bolschewistischen Organisation zuzuführen. Im Dezember 1911 überrascht die Ochrana überraschend eine Sitzung der Parteileitung. Keinem gelingt es, zu entkommen; der Nachrichtendienst (der sich selbst bis auf die leitenden Stellen der politischen Geheimpolizei erstreckt) hat versagt — wieder wandert Stalin ins Untersuchungsgefängnis. Die Milde der zaristischen Richter ist unverständlich bei einem so gefährlichen Gegner: wieder wird er nur zu drei Jahren Deportation nach Sibirien verurteilt. Aber schon im Februar 1912 ist er den Gendarmen in Wologda wieder entflohen und sitzt jetzt schon in Moskau in der Geheimzelle der Partei, im „Zentralkomitee“, das ihn im Sommer 1912 als Delegierten und Referenten zur Parteikonferenz nach Prag entsendet.

Im Mai des Jahres 1913 wandert Stalin — jetzt als „Lebensländer“ — wieder den Weg des Schreckens nach Sibirien. Eine dünne, scharfe Linie schlingt sich um seine Handgelenke und endet am Sattelnopf eines Kosaken, der fließend und frivell vor ihm herreitet. Wenn der Transport nichts restet, steht ein Gendarm mit schußfertiger Pistole neben ihm und seine Füße sind zusammengeklammert. Man macht sehr viel Unstädte mit Stalin und er selbst begreift wohl heute noch nicht, weshalb Mütterchen Russland — das jährlich Tausende dem Henker überlieferte — gerade ihn schont.

Vier endlos lange, entsetzliche Jahre bringt der zwischenzu einer internationalen Verübung gewordene Stalin in einem elenden Dorfe am Jenseit an; die schwersten Jahre seines Lebens. Die Gendarmen — ebenso über die scharfen Wachvorschriften — sehen förmlich ihren Stolz darin, ihn zu quälen. Wochentags hungert er, nährt sich von harten Brotrinden. Ein Fluchtversuch scheitert. Vier Monate sitzt er zur Strafe in einem finsternen Kellerloch, eine schwere Eisenkugel an den Füßen. Seine Brotzeit aber werden so oft — und so überraschend — abgelöst, dass alle Bestechungsversuche der Parteileitung scheitern.

Dann bricht die Februarrevolution im Jahre 1917 an. Das Zarenreich erhebt bis in die Grundfesten, die Mauern der Gefängnisse bersten. Jubelnd werden die „Märtyrer ihrer politischen Überzeugung“ in Moskau aufgenommen und wie Helden gefeiert. Aber es ist keine Zeit zum Ausruhen. Der Kampf des Politbüros der kommunistischen Partei gegen die erste Revolutionsregierung beginnt. Er wird unterirdisch geführt, zäh und lautlos. Stalin steht in der vordersten Reihe. Sein eiskalter Verstand und seine leidenschaftlose Klugheit machen ihn der Parteileitung unentbehrlich.

Die „zehn Tage, die die Welt erschütterten“ kommen. Russland stirbt. Und aus den Trümmern bilden die „Großen Fünf“ Lenin, Trotski, Radek, Sinowjew und Stalin die „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken Russlands“. Aus dem halbverhungerten Priester Schüler Josef Wissarionowitsch Dschugashwili ist der Stalin geworden, den die ganze Welt kennt und der gehasst und gefürchtet, aber von keinem geliebt wird — —

vierzig. Die Einwohner können sich rühmen, vor ihren Mauern die tollsten Kurven weit und breit zu haben.

200 Sekunden bei möglicher Geschwindigkeit, 2500 Meter Umfang. Wer die Mauer nicht länger betrachten will und nicht auf den Weg schauen muss, der sieht auf dieser Fahrt folgendes: fünfmal je 1 Paar Karabiner bunt, strahlend, Napoleon bei Austerlitz. Dann eine Palme, die plötzlich vom Gipfel heruntersteigt. Noch eine Palme. Ausflucht auf glorreiches Gelände, auf die Mutter der Städte, von der die unselige nur ein winziges Teilstück bildet. Links auf der Mauer ein Observatorium: wir sind auf der Höhe.

Scharf um die Spitze der Lanzenpike — die Bremser ziehen an — abwärts. Weit, weit hinten am Horizont die schneedeckten Alpen. Dann schreit plötzlich zur Linken ein steinerner Berg hoch, eine riesige Kuppe. Pinienwälder geradeaus. Vorsicht: spiegelnde Kinder!

Eine kreisende Straßenbahn, Geschrei, Trubel, Verkehrslärm — wir sind an den Ausgangspunkt zurückgekehrt, auf den Petersplatz.

Die umfahrene Stadt war die Città del Vaticano und sie liegt auf dem neunten Hügel der Sieben Hügelstadt. Im ganzen hat Rom 13 Hügel.

Die deutsche Nationalkirche, an der wir eben vorbeifahren, der alte Friedhof und das Oratorium Petri gehören seit dem römischen Frieden nicht mehr zum Vatikan. Auch das Sant'Ufficio, das Gebäude der Inquisition, und das Haus der Kardinäle sind nicht in die Mauer einbezogen worden. Darüber wird viel gesprochen.

Die Stadt mit einem Auto.

Von Gustav W. Oberlein (Rom).

Eine zärtliche Sache das, mit dem Weichbild der Stadt. Auf der Karte sieht es einer zercharterten Lanzenpike täuschend ähnlich und diese Lanzenpike ruht noch dazu auf einem Hügel. Die Breite auf der Hügelbrette, dort, wo er anfängt; die Spitze auf der Hügelspitze, so dass beide sich decken wie kongruente Dreiecke.

Ist es schwer, sich das vorzustellen? Nun, dann fahren wir halt einmal herum.

Balle dell' Inferno heißt der Weg um die Stadtmauer, Höllental. Dies aber schon immer, nicht erst seit der Zeit, da es Autos gibt, wie die Ansänger meinen, die hier dresst werden. Die Umwallung schiebt sich nämlich bis dicht an den Hügelabsturz heran und die übrig gebliebene Straße folgt getreulich wie ein Schatten fast allen Spitzen, Bögen, Bastionen, Vorprüngen, Rückprüngen, Nasen und Pechnasen der uralen Mauer. Die Mauer steigt vom Flachland ziemlich steil auf und die Straße steigt natürlich mit. Zumeist macht ein mittelstarker Wagen die Sache im direkten Gang.

Mittelalterlich sieht das aus: eine Festungsmauer. Ein Stück Nürnberg, ins Italienische überetzt. Nur noch viel fantasievoller, ein scharfer Rand, man kann sich daran reißen. Alle fünf Sekunden eine Ecke oder Spitze, zusammen also, da wir in 200 Sekunden um die ganze Stadt herum sind,

vierzig. Die Einwohner können sich rühmen, vor ihren Mauern die tollsten Kurven weit und breit zu haben.

200 Sekunden bei möglicher Geschwindigkeit, 2500 Meter Umfang. Wer die Mauer nicht länger betrachten will und nicht auf den Weg schauen muss, der sieht auf dieser Fahrt folgendes: fünfmal je 1 Paar Karabiner bunt, strahlend, Napoleon bei Austerlitz. Dann eine Palme, die plötzlich vom Gipfel heruntersteigt. Noch eine Palme. Ausflucht auf glorreiches Gelände, auf die Mutter der Städte, von der die unselige nur ein winziges Teilstück bildet. Links auf der Mauer ein Observatorium: wir sind auf der Höhe.

Scharf um die Spitze der Lanzenpike — die Bremser ziehen an — abwärts. Weit, weit hinten am Horizont die schneedeckten Alpen. Dann schreit plötzlich zur Linken ein steinerner Berg hoch, eine riesige Kuppe. Pinienwälder geradeaus. Vorsicht: spiegelnde Kinder!

Eine kreisende Straßenbahn, Geschrei, Trubel, Verkehrslärm — wir sind an den Ausgangspunkt zurückgekehrt, auf den Petersplatz.

Die umfahrene Stadt war die Città del Vaticano und sie liegt auf dem neunten Hügel der Sieben Hügelstadt. Im ganzen hat Rom 13 Hügel.

Die deutsche Nationalkirche, an der wir eben vorbeifahren, der alte Friedhof und das Oratorium Petri gehören seit dem römischen Frieden nicht mehr zum Vatikan. Auch das Sant'Ufficio, das Gebäude der Inquisition, und das Haus der Kardinäle sind nicht in die Mauer einbezogen worden. Darüber wird viel gesprochen.



Kopfweh

peinigt häufig die Frauen und raubt ihnen manch frohe Stunde.

Da helfen

Aspirin-

Tabletten,

die bewährten Schmerzsteller.

Versäumen Sie daher nicht,

diese stets mit sich zu führen.

Ärztlich empfohlen.

Preis

für

6 Tabletten zt. 1.05 — 20 Tabletten zt. 2.55.

In allen Apotheken erhältlich.

2007

Am beschledigsten unter den „Kirchenstaat“-Gründern sind diejenigen gewesen, die sich mit einem Korridor zum Vaterland begnügten. Nehmen wir die Strecke schnell einmal unter den Kilometerzähler: Genau 5 Kilometer. Also doppelt so viel, als der amputierte Balkan jetzt Umfang hat. Seine Fläche bedeckt insgesamt 44 Hektar, wovon ein Viertel auf die Peterskirche, ein Viertel auf die vatikanischen Paläste und zwei Viertel auf die Gärten entfallen. Kirche mit Pfarrhaus und -garten: ins Große, ins Majestätische übertragen.

Das Reich des Papstes beginnt erst — da der Petersplatz der italienischen Polizeiherrschaft untersteht — mit der ersten Stufe der Peterskirche.

Der Kilometerzähler zeigt mit seinen Endziffern 6,3 an.

Den Tachometer lassen wir auf 40.

Die Uhr gibt an, 4:32 —

Fahrt durch die Kirchenstadt.

Sssss — frrrr — schon hält uns ein Landsknecht die Hellebard vor, wir sind am Ende angelangt, im Hofe des Borno.

Der Kilometerzähler zeigt 6,9.

Die Uhr 4:33.

800 Meter Straße, im Grunde nur diese einzige einzame Straße, die Via delle Fondamenta — das ist das ganze Verkehrsproblem der „Stadt“. Außer von der Peterskirche, um deren Südhälfte sie herumführt, steht ja zwar ein großer, ziemlich ungestalteter Platz, der Sakristeiplatz oder Nerozirkusplatz, aber auch hier würde ein Verkehrsproblem vor Schaffung nach einem Beikiel sterben.

Nur ein einziger Mann in der Welt hat das Recht, vom Borno oder Münahof aus weiterzufahren, in die vatikanischen Gärten hinein. Er ist Besitzer eines wunderschönen Wagens, der keine Erkennungsnummer trägt, weder mit Stoßsängern, noch Kurvensuchern ausgerüstet ist und die größtmögliche Langsamkeit einhält. Er kann nur einmal hin und her oder in Kreise fahren wie eine Kindereisenbahn, und Selbstfahrer, die in den Nürburgring oder in Alpenpässe verliebt sind, behaupten daher, sie möchten doch der Parf nicht sein.

Das ist das einzige Auto in der heiligen Stadt. Ein Geschenk der Mailänder. Es muss sich, nicht weniger als der Mann der freien Berge, wie ein Gefangener gefühlt haben und wurde auch selten genutzt. Nun aber soll es Kollegen bekommen aus der großen Welt und seiner natürlichen Bestimmung zurückgegeben werden.

Die Gebundenheit weicht von der unmauerteren Stadt zurück wie das Meer von einer Insel, die plötzlich auf dem Trockenen liegt und die lockende Ferne freigibt. Was deshalb heißt, das kann wohl nur der ermessen, der zum Beispiel auf Malta einen rassigen Schäzylinder besitzt.

Der Diktator mit den 60 Kindern.

General Gomez, der Herrscher über Venezuela.

Auf General Gomez wurde vor einigen Tagen ein Attentat verübt.

Wer ist Gomez, der Mann, um dessen Kopf es ging, der diesen Kopf und damit die Macht in Venezuela beibehalten hat? General Gomez, seit 18 Jahren Diktator und mit dieser Leistung Inhaber des Titelkordes seiner Branche, ist nicht nur eine interessante Figur, sondern er könnte geradewegs aus einem Roman in die Welt swatzen sein.

hatte. Nein, er ist nicht für Eisenbahnen, dieses veraltete und komplizierte Verkehrsysteem, zu deren Errichtung und Betrieb überdies Ausländer benötigt werden. Er baut mit seinem Bemert seine Autostraßen, an denen seine Hotels stehen. Die transandinische Straße ist ein Wunder an Kühnheit; aber er hat auch viel, viel kühnere Straßenpläne. Bis zu 4000 Metern soll die neue Gómezstraße hinaufstehen, und die Zahl der gebrauchten Zementtonnen in astronomische Höhen. Nur an den Maracaibo-See soll keine Autostraße herangeführt werden. Oder doch?

Das Karibische Meer weist im Norden Venezuela eine Einbuchtung auf, die Maracaibo-Bucht. Von dieser Bucht führt ein Kanal zum Maracaibo-See. Der Kanal, 30 Meter breit und 50 Kilometer lang, ist eigentlich eine Meerenge, durch die dem Maracaibo-See das Meerwasser zulässt, aber dieser Kanal ist so seicht, daß große Schiffe ihn nicht befahren können.

Man muß wissen, daß am Maracaibo-See große Ölfelder liegen, größer als die mexikanischen, die größten Ölfelder der Welt. Man muß wissen, daß diese Ölfelder einer Gruppe von Kapitalisten aus den Vereinigten Staaten gehören, in deren Schutz ja das Geheimnis der ganz und gar unvenezolanischen Unabschließbarkeit des General Gómez gelegen ist. Er war es, der den Nordamerikanern die Konzessionen auf die Ausbeutung der unerhörlich reichen Ölwerken ertheilt hat, er war es aber auch, der erklärte, nicht weiter gehen zu wollen. Wohl haben die Amerikaner viel in die Ölquellen investiert, wohl ist am Kanal über Nacht die Stadt Maracaibo mit 120.000 Einwohnern entstanden — aber solange von den Ölfeldern nur ein verwinkeltes Netz von Rohrleitungen zum offenen Meer hinausführt, so lange die Amerikaner nicht mit ihren Schiffen an die unzugänglichen Ölfelder selbst herankommen, solange, sagen sie, fühlen sie sich in ihrem Besitz nicht sicher. Bei der Wahrung zu bleiben, möchten die Vereinigten Staaten den Maracaibo-See als ein komfortables Vorzimmer zum Panama-Kanal einrichten, möchten dort die mächtige Basis ihrer Karibischen Flotte schaffen, und überdies könnte jenes Vorzimmer auch den ersten festen Punkt eines Südamerikanischen Reiches bilden. Bevor aber an all dies ernstlich auch nur gedacht werden kann, muß aus der Maracaibo-Meerenge ein Maracaibo-Kanal werden.

Bis gestern strömte sich der Diktator von Venezuela, sonst durchaus ein Mann der Wallstreet, gegen diesen Gedanken, den man ihm und Venezuela auf jede Weise verjühen wollte. Er ließ nicht einmal von der transandinischen Autostraße, die nur 30 Kilometer südlich vom Maracaibo-See verläuft, eine Abzweigung an die Ölfelder bauen. Auf dem Maracaibo-Ohr hörte der Diktator bis gestern nicht. Aber unter jenen Breitengraden übt Wallstreet traditionsgemäß eine Ohrenheilkunde aus, die schon manche Taubheit zu heilen vermochte.

Ernst Vorst.

In Danzig liest die Deutsche Rundschau für April 3 Gulden. Einzahlung an Volksbank - Ronto Danzig 2528.

Unruhen in Madrid.

Am Dienstag haben Studentenunruhen in der Hauptstadt Spaniens zu großen Straßenskandalen und Zusammenstößen geführt. Sie nahmen ziemlich ernste Formen an und haben, wie es heißt, zum Biele, die Diktatur zu stürzen.

Die von der Regierung Ende Februar ausgeschlossenen Studenten, insgesamt über 4000, durchzogen schon am Vormittag die Straßen der Innenstadt und erhöhten in die zahlreich vorstehenden Schulen, bis diese blank zogen und dreinschlugen. Mehrere Studenten wurden durch Säbelhiebe erheblich verletzt und verhaftet, einer durch einen Schuß lebensgefährlich verwundet. Die Läden in den Hauptstraßen schlossen fast sämlich.

In einigen Fällen ist es zu ernsten Tätilkeiten gekommen. Die Polizei hat nicht verhindern können, daß eine weitere Demonstration an der Residenz Primo de Riveras vorüberzog. Ein Zeitungsgebäude wurde mit Steinen beworfen. Im ganzen sind neun Studenten und fünf Polizisten verwundet worden. Bei weiteren Zwischenfällen in den Nachstunden, wobei Schaufensterscheiben zertrümmert wurden und schließlich eine Demonstration vor dem Hause des Innenministers stattfand, wurden weitere sechs Personen, darunter ein Student, schwer durch einen Säbelhieb auf den Kopf verletzt und zwanzig neue Verhaftungen vorgenommen.

Primo de Rivera verläßt seit Tagen nicht das Kriegsministerium,

und auch der Innenminister, auf dessen Reform der Ausflug zurückzuführen ist, läßt sich nicht blicken. Am Abend gab die Regierung eine Mitteilung aus, daß sie die Vorfälle bedauere, aber auch vor schwierigen Maßnahmen nicht zurücktreten werde. Trotzdem erreichten die Zwischenfälle zwischen 22 und 23 Uhr ihren Höhepunkt. Massen von Studenten strömten nach dem Madrider Sonnenplatz, wahrscheinlich, um vor dem Innenministerium zu demonstrieren. Die Polizei ging wieder mehrfach mit blauer Waffe vor, wobei auch verschiedene Unbeteiligte verwundet wurden.

Es kam zu Gewaltzonen, und das Publikum, das sich bisher nicht beteiligt hatte, stellte sich auf die Seite der Studenten und beschimpfte die Schulen. Die Restaurants und Cafés machten schnell zu. Alle Ausgänge waren von flüchtenden Passanten angesetzt.

Noch nie seit Beginn der Diktatur gab es Unruhen solcher Art auf den Madrider Straßen. Deshalb sind sie bedeutungsvoll. In Barcelona, Valencia und in anderen Städten sollen die Studenten bereit sein, mitzumachen. Es fragt sich nun, ob die Studenten von irgendwoher Zugang erhalten, denn allein sind sie natürlich machtlos.

Bei der Vorführung eines Films, auf dem Primo de Rivera zu sehen war, kam es in mehreren Kinos zu lauten Protestzonen und Rufen „Nieder mit der Diktatur“. Die Madrider Studenten sind im allgemeinen sehr liberal und vielfach republikanisch gesinnt, schon weil eine größere Zahl hervorragender Professoren in der ersten Reihe der Republikaner stehen.

Verfassunggebende Synode.

2. Tag.

Posen, 13. März 1929.

Die zweite Vollversammlung der Synode wurde am Mittwoch um 10^{1/4} Uhr von Synodalen Bardeewski mit Predigt, Gebet und Schriftlesung eingeleitet. Bei der Eröffnung sprach der Präses im Namen der Synode warme Worte des Dankes für die gestrige eindrucksvolle Feier-

feier, die Pastor Dr. Greulich und der Vaterverein den Mitgliedern der Synode bereitet hatten. Den Bericht über den zweiten Teil des Verfassungsentwurfs übernahm Synodalrat Hodge.

Zusammenfassung und Ausgaben der Kreissynode und Landessynode wurden durchgesprochen. Der Titel "Superintendent" soll trotz aller Bedenken beibehalten bleiben und nicht durch das ungewohnte "Senior" ersetzt werden. Die vom Verfassungsausschuß vorgelegten Änderungen einzelner Artikel wurden ohne größere Aussprache angenommen. Nach Beendigung der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs erstattete Synodalrat Venicik den Bericht über das Gemeindewahlgesetz, das auf dem Grundsatz der Verhältniswahl aufgebaut ist, aber auch die Möglichkeit der Mehrheitswahl zuläßt. Zum Schluß nahm die Synode noch den Entwurf eines Einführungsgesetzes für die neue Kirchenverfassung an, durch das auch die Neuwahlen zu den Kreissynoden und Gemeindelöperschaften nach Inkrafttreten der Verfassung geordnet werden. Über diesen Gesetzentwurf berichtete Synodalrat Ammann. Diese beiden Gesetze überwies die Synode ebenso wie den Verfassungsentwurf zur nochmaligen Durchberatung an den Verfassungsausschuß. Der Präses von Klasing schlug daraufhin die Vertagung der Synode vor, die angenommen wurde. Mit Gebet und Segen wurde kurz nach 12 Uhr die 2. Vollversammlung beendet.

Die Hoffnung, daß der zweiten Lesung auch gleich die dritte folgen würde, hat sich zerschlagen. Zunächst müssen Verhandlungen mit der Regierung stattfinden und deren Änderungswünsche entgegengenommen werden. Erst dann kann die Synode zu einer nochmaligen Tagung einberufen werden.

pz.
ausgeprochen wirtschaftlicher Bedeutung, wie es die Handelskammer sei, müsse außerdem immer die größte Objektivität in politischen Dingen walten und sich lediglich von Gesichtspunkten leiten lassen, die zu einer Förderung und Stützung des ganzen Wirtschaftsorganismus mit beitragen.

Der Regierungsvertreter legte dann den Vorsitz in die Hände des ältesten Delegierten und bisherigen Präsidenten der Handelskammer Kasprzyk, der zugleich die Wahl des neuen Vorsitzenden vornehmen ließ. Zur Wahl vorgeschlagen wurden der bisherige Präsident Kasprzyk sowie der Delegierte Ingenieur Wdziekonski. Von 45 anwesenden Delegierten (3 Delegierte waren nicht erschienen) gaben 26 ihre Stimme für Ing. Wdziekonski, 19 für Kasprzyk ab. Präsident Kasprzyk gab somit den Vorsitz der Kammer, den er seit der Übernahme Brombergs in polnische Verwaltung zunächst kommissarisch, dann von der Versammlung gewählt innehatte, an den neu gewählten Präsidenten Wdziekonski ab. Als Vizepräsidenten wurden gewählt: von der Industriegruppe die Delegierten Czarowski und Janowski, von der Handelsgruppe die Delegierten Skłowski und Sobiecki. Der bisherige Präsident wurde in Anerkennung seiner Tätigkeit für die Handelskammer von der Versammlung zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Sodann verlas der neue Präsident der Kammer ein Telegramm an den Handelsminister Swiatkowski, in dem die neue Kammer enge Mitarbeit an den Plänen des Ministers verspricht und 500 złoty für die Errichtung des Denkmals der polnischen Einheit in Gdingen stiftete. Alsdann gab er einen Überblick über die umfangreiche Tätigkeit des bisherigen Präsidenten Kasprzyk und teilte kurz das Programm der nächsten Tätigkeit der Handelskammer mit, die hauptsächlich auf dem Gebiete des Verkehrssewesens liegt.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden interne Angelegenheiten der Kammer besprochen, die für die Öffentlichkeit von geringem Interesse sind.

*
Ingenieur Wdziekonski wurde im Jahre 1870 in Kalisch geboren und ist Absolvent des Polytechnikums in Riga. Hier in Bromberg hat er die Stellung eines Direktors bei der Fabrik "Kabel Polski" inne und gehört der Handelskammer als Delegierter seit dem 7. Juli 1923 an. Außerdem bekleidet er eine Reihe von anderen Ämtern im sozialen, kommunalen und wirtschaftlichen Leben unserer Stadt.

Erste Plenarversammlung der neuen Handelskammer.

Bromberg, 15. März.

Die neu gewählte Bromberger Handelskammer hielt am gestrigen Donnerstag ihre erste Plenarversammlung ab. Die Eröffnung wurde im Namen der Regierung von dem Wojewodschaftsrat Magdziarski vorgenommen, der den Wunsch aussprach, die neue Kammer möge den Satz: salus rei publicae summa lex (das Wohl des Staates ist das erste Gesetz) stets in ihren Handlungen beobachten. Ein Faktor von so

Wirtschaftliche Rundschau.

Verstörte Hoffnungen der Schweinexporteure.

In diesen Tagen führte der Myslowitzer Bürgermeister von seiner Reise nach Österreich zurück, die der Schaffung von Exportmöglichkeiten für Schweine galt. Es sollten über den Myslowitzer Viehmarkt Schweine nach Bregenz (Österreich) exportiert, dort geschlachtet und dann nach Frankreich weitergebracht werden. Man hoffte auf diese Weise aus Myslowitz bis 11.000 Stück Schweine möglichst exportieren zu können. In Nachreisen begegnete man diesem Projekt von Anfang an mit Misstrauen, da man die wöchentliche Auflösungsfähigkeit des französischen Marktes auf höchstens 2000–3000 Stück schätzte. Die von dem Myslowitzer Bürgermeister an Ort und Stelle in Wien geführten Verhandlungen haben die Hofflosigkeit des Projektes erwiesen. Vorläufig hat man daher die Myslowitzer Exportpläne aufgegeben. Bekanntlich hatte der Krakauer "Monitor Polnischer Gewerbe" die Verhandlungen als im günstigsten Sinne abgeschlossen gemeldet, was sich nunmehr als Falschmeldung erweist.

Ausfuhr polnischer Papierholzes nach Deutschland. Polen ist für Deutschland mit den bedeutendsten Papierlieferant. Die türkisch veröffentlichten diesbezüglichen Statistiken erweisen, daß Deutschland im Jahre 1927 insgesamt 1.911.476 To. Papierholz einführt, davon aus Polen 848.911 To., das sind 44,5 Prozent. Im Jahre 1928 vergrößerte sich die deutsche Papierholzeinfuhr auf 2.259.078 To., der polnische Anteil auf 981.917 To. oder 43,5 Prozent. Außerdem führte Polen aus Deutschland 7349 To. Druckpapier und 1717 To. Packpapier ein.

b. Zur Erlangung der polnischen Exportprämie für Glaszeugnisse auf Grund der Verordnung über die Zollzuerstattung für ihr Herstellung eingeführte Chemikalien werden die Ausfuhrbescheinigungen nach einer soeben im "Monitor Polisi" (Nr. 55) erfolgten Bekanntmachung der Minister der Finanzen und des Handels von der Exportfaktion beim Verband der Glashütten in Polen (Warschau) ausgestellt.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polisi" für den 15. März auf 5,9244 złoty festgestellt.

Der złoty am 14. März, Danzig: Ueberweisung 57,70 bis 57,85, bar 57,73–57,88, Berlin: Ueberweisung Warschau 47,175–47,375, Ratiowith 47,175–47,375, Polen 47,15–47,35, bar gr. 46,975–47,375, Zürich: Ueberweisung 58,30, New York: Ueberweisung 11,26, Budapest: bar 64,10–64,40, Mailand: Ueberweisung 214,25, London: Ueberweisung 43,29, Bukarest: Ueberweisung 18,72, Prag: Ueberweisung 378,00, Wien: Ueberweisung 79,65–79,83.

Warschauer Börse vom 14. März, Umsätze, Verkauf = Kaufpreis 123,80, 124,11–123,49, Belgrad = Budapest = Bukarest = Helsingfors = Spanien = Holland = Konstantinopel = Kopenhagen 23,75, 23,85, London = 43,39%, 43,18 = Transito 43,29 = 43,25%, Newyork 8,90, 8,92 = 8,88, Oslo = Paris 34,84, 34,93 = 34,75, Prag 26,40%, 26,47 = 26,34% Riga = Schweiz 171,59%, 171,95 = 171,10, Stockholm = Wien = Italien 46,76, 46,88 = 46,64.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle Devisenkurse	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	Im Reichsmark	
		14. März Geld	13. März Brief
Buenos-Aires 1 Pes.	1.771	1.775	1.775
Kanada . . . 1 Dollar	4.175	4.183	4.191
Japan . . . 1 Yen	1.878	1.876	1.880
Kairo . . . 1 £ Pf.	—	20.958	20.998
Königstein 1 £ Pf.	20.437	20.477	20.439
Newyork . . . 1 Dollar	4.211	4.219	4.2185
Rio de Janeiro 1 Mir.	0.499	0.501	0.5015
Uruguay 1 Goldpf.	4.276	4.284	4.284
Amsterdam . . . 100 Fr.	168,63	168,97	168,60
Athen . . .	—	—	5,452
Brüssel 1 L. . . 100 Fr.	58,47	58,59	58,57
Danzig . . . 100 Guld.	—	—	81,84
Helsingfors . . .	10.592	10.613	10.612
Italien . . . 100 Lira	22,075	22,115	22,05
Jugoslavien 100 Din.	7,392	7,403	7,405
Kopenhagen 100 Kr.	112,21	112,46	112,24
Lissabon . . . 100 Esc.	18,80	18,84	18,83
Oslo-Christ. 100 Kr.	112,29	112,46	112,46
Paris . . . 100 Fr.	16,445	16,485	16,48
Prag . . . 100 Kr.	12,47	12,49	12,47
Schweiz . . . 100 Fr.	80,935	81,145	80,97
Sofia . . . 100 Leva	—	—	3,039
Spanien . . . 100 Pes.	63,29	63,41	62,58
Stockholm . . . 100 Kr.	112,46	112,68	112,68
Wien . . . 100 Kr.	—	—	59,135
Wien . . . 100 Fr.	47,175	47,375	47,20

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 14. März. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01% Gd., 25,01% Br., Newyork —, — Gd., — Br., Warschau 57,70 Gd., 57,85 Br., Noten:

ausgeprochen wirtschaftlicher Bedeutung, wie es die Handelskammer sei, müsse außerdem immer die größte Objektivität in politischen Dingen walten und sich lediglich von Gesichtspunkten leiten lassen, die zu einer Förderung und Stützung des ganzen Wirtschaftsorganismus mit beitragen.

Der Regierungsvertreter legte dann den Vorsitz in die Hände des ältesten Delegierten und bisherigen Präsidenten der Handelskammer Kasprzyk, der zugleich die Wahl des neuen Vorsitzenden vornehmen ließ. Zur Wahl vorgeschlagen wurden der bisherige Präsident Kasprzyk sowie der Delegierte Ingenieur Wdziekonski. Von 45 anwesenden Delegierten (3 Delegierte waren nicht erschienen) gaben 26 ihre Stimme für Ing. Wdziekonski, 19 für Kasprzyk ab. Präsident Kasprzyk gab somit den Vorsitz der Kammer, den er seit der Übernahme Brombergs in polnische Verwaltung zunächst kommissarisch, dann von der Versammlung gewählt innehatte, an den neu gewählten Präsidenten Wdziekonski ab. Als Vizepräsidenten wurden gewählt: von der Industriegruppe die Delegierten Czarowski und Janowski, von der Handelsgruppe die Delegierten Skłowski und Sobiecki. Der bisherige Präsident wurde in Anerkennung seiner Tätigkeit für die Handelskammer von der Versammlung zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Sodann verlas der neue Präsident der Kammer ein Telegramm an den Handelsminister Swiatkowski, in dem die neue

Am 12. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden der

Spediteur Herr Carl Rode

im 52. Lebensjahr.

Wir verlieren in dem Heimgegangenen, welcher seit Gründung unseres Verbandes unser Mitglied war, einen treuen Kollegen und werden dessen Andenken stets in Ehren halten.

Bydgoszcz, den 14. März 1929.

Związek Ekspedytorów Bydgoskich.

Am 12. d. Mts. starb nach langem Leiden unser verehrtes Mitglied, der Spediteur

Herr Carl Rode.

Bis zu seiner Erkrankung war er ein eifriger Sänger in unserem Verein. Wir werden ihm ein sangesbrüderliches Gedanken bewahren.

M. G. B. Liedertafel 1842.

3674

Am 12. März starb Herr Kaufmann

Carl Rode.

Wir betrauern in dem Dahingehenden ein treues Mitglied und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand der Ortsgruppe Bromberg des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe (Abt.: Handwerk).

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 16. d. Mts., nachm. 4/ Uhr, von der Halle des neuen ev. Friedh. aus statt.

Linoleum

A. O. Jende, Bydgoszcz.

Telefon 1449 2994

Gdańska 165

100 000 Zementdachsteine

Falz- und Biberschwänze

3000 Brunnen- u. Kanal-Rohre

von 150-1000 mm Durchmesser

4000 Parapfähle

von 1,50-3,00 Meter Länge

Fliesen-Grabsteine

aus Granit, sowie alle anderen Zementwaren

verkauft zu billigen Preisen

R. Fabianowski, Koronowo,

Zementwarenfabrik.

Telefon 49.

Kirchenzettel.

Bedeutet anschließende Abendmahlfeier, Fr. T. - Freitagen.

Sonntag, den 17. März 29. (Judica).

Bromberg. Pauls. 10 Uhr u. nachm. 4 Uhr:

für die. Borm. 10 Uhr: Konferenzversammlungen.

Sup. Ahmann. 11/2 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr: Versammlung des

Jungmädchen-Bereins im

Gemeindehaus. Donnerstag, abends 8 Uhr: Passions-

andacht im Gemeindehaus, Sup. Ahmann.

Evangel. Pfarrkirche. Borm. 10 Uhr: Pfr. Loeffler.

12 Uhr: Kindergottesdienst.

Die Kirche ist geheizt. — Dienstag, abends 8 Uhr: Blantest. — Versammlung im Konfirmandensaal.

Christuskirche. Borm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfr. Borm. 9/2 Uhr: Gottesdienst. — Jägerhof. Borm. 11 Uhr: Gottesdienst, danach

Kindergottesdienst.

Schleienau. Donnerstag, abends 7 Uhr: Passions-

andacht.

Kl. Bartelsee. Borm. 11 Uhr: Gottesdienst. Pfr. Borm. 9/2 Uhr: Gottesdienst. — Montag, abends 8 Uhr: Übungssidee des Kirchengoss. Mittwoch, abends 8 Uhr: Bet-

einstunde des Jungmä-

nnervereins.

Luther-Kirche. Fran-

kenstraße 87/88. Borm.

10 Uhr: Jugendkund. 11/2

Uhr: Kd. Gottesdienst. — Nachm. 4 Uhr: Hauptgottes-

dienst. Pfr. Loeffler. —

Erbauungsstunde fällt aus.

Dominoster, abends 7/2

Uhr: Passions- Andacht.

Ev.-luth. Kirche. Bo-

enerstr. 13. Borm. 10 Uhr: Leiegottesdienst. Mittwoch,

abends 7/2 Uhr: Konfir-

mandenprüfung. — Frei-

tag, abends 7 Uhr: Passions-

Gottesdienst.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Loeffler. Prediger

Rathke. Schönlanke, Pred.

Holzmann, Königshütte. —

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Stuhlin. Borm. 10 Uhr:

Gottesdienst, anschließend

Kindergottesdienst. Nachm.

3 u. 5 Uhr: Jugendvereine.

Mittwoch, nachm. 5 Uhr:

Passionsandacht.

Inn. Leiegottesdienst.

Dominoster, nachm. 5 Uhr:

Passionsandacht.

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Loeffler. Prediger

Rathke. Schönlanke, Pred.

Holzmann, Königshütte. —

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Loeffler. Prediger

Rathke. Schönlanke, Pred.

Holzmann, Königshütte. —

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Loeffler. Prediger

Rathke. Schönlanke, Pred.

Holzmann, Königshütte. —

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Loeffler. Prediger

Rathke. Schönlanke, Pred.

Holzmann, Königshütte. —

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Loeffler. Prediger

Rathke. Schönlanke, Pred.

Holzmann, Königshütte. —

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Loeffler. Prediger

Rathke. Schönlanke, Pred.

Holzmann, Königshütte. —

Montag, abends 5 Uhr:

Passionsandacht.

Landeskirchliche Ge-

meinschaft. Fritzerstraße

(Marekiewicza) 8 Nr. 8 b.

Borm. 1/2 Uhr: Gebetsstube.

Nachm. 2 Uhr: Sonntags-

schule. — Nachm. 4 Uhr

u. abends 8 Uhr: Konferenz-

Gottesdienstungen. Pfr.

Der Sejm fordert Auflösung.

Warschau, 15. März. Die Klubs der Wyzwolenie und der Bauernpartei haben im Sejm einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung ersucht wird, Auflösungen über die Wirtschaft im Posts und Telegraphen-Ministerium zu geben. Der Antrag steht im Zusammenhang mit einer Reihe von Artikeln, die in der "Gazeta Warszawska" erschienen waren. U. a. wird dem Ministerium vorgeworfen, daß der Firma "Budownictwo w Przemyslu" verschiedene Erd-, Beton-, Eisenbeton- und Maurer-Arbeiten auf dem Wege der Protektion dadurch übertragen wurden, daß man von der Firma die Kanton in Höhe von etwa 300 000 Zloty in bar, wie sie in den Submissionsbedingungen vorgesehen war, nicht erhoben hat, daß man die in der Submission festgesetzten Termine abänderte, daß man nicht sichergestellte Vorschüsse gewährte, die den Betrag von 2 Millionen Zloty überschritten, daß man trotz des Einspruchs des Bankomitees die im Vertrage festgesetzten Preise erhöht hat.

Die "Gazeta Warszawska" macht den Minister Miedziński dafür verantwortlich und erhebt in einem weiteren Artikel gegen diesen den Vorwurf, daß er die Bauarbeiten anderer Zwecken und zwar der Pressepropaganda zuwende, und daß er den Kredit zum Bau der Telegraphen- und Telephon-Zentrale, der auf 1800000 Zloty veranschlagt war, um den doppelten Betrag ohne die vorherige Genehmigung des Ministerrats überschritten habe.

Im Zusammenhang damit verbreitet die Warschauer Presse das Gerücht, daß die Stellung des Postministers Miedziński erschüttert sei und daß man schon in aller nächster Zeit mit seiner Demission rechnen könne.

Die englische Politik im Zeichen der Wahlen.

Die Wahlausichten der drei im Wettbewerb stehenden Parteien, der Konservativen, der Arbeitspartei und der Liberalen, sind außerordentlich undurchsichtig. Seltens sind Wahlergebnisse, und vor allem die Auswirkung der Wahlergebnisse in der Regierungsbildung so schwer zu beurteilen gewesen, wie es jetzt der Fall zu sein scheint. Das Wettgeschäft hat so stark eingesetzt, daß die Londoner Effektenmärkte Abschlüsse über die Stärke der Parteien zu Brief- und Geldkursen abschließen. Am stärksten sind die Konservativen notiert, allerdings folgen die Arbeitsparteien ihnen in der öffentlichen Aufschauung schon hart auf dem Fuße. Die Liberalen, die im erheblichen Abstand folgen, beginnen in den letzten Tagen stärker anzuziehen, wozu wahrscheinlich das großzügige Reformprogramm Lloyd Georges in der Arbeitslosenfrage beiträgt. Die Notierung vollzieht sich so, daß auf den Kursstand der Mandatszahlen einzugreift wird. Die Überhöhung der Zahl bzw. die Verminderung ergibt dann Gewinn oder Verlust. Am stärksten ist der Umfang in liberalen Mandaten, weil hier der Spaltungsfaktor am größten ist.

Lloyd Georges Arbeitslosenprogramm ist in einer Programmrede als Broschüre herausgebracht. Durch besondere Maßnahmen soll ohne Vergroßerung der Steuerlasten die Arbeitslosenziffer von anderthalb Millionen wieder auf die Normalziffer von 600 000 der letzten fünf Jahre vor dem Kriege herabgedrückt werden. Inhalt des Programms ist die Förderung nach Notstandsarbeiten im allergrößten Umfange. Von Automobilstraßen, Ausgestaltung der Wohnbau- und Siedlungspolitik, der Elektrizitätsversorgung, Urbarmachung von Sumpfländern, Vereinheitlichung des Londoner Verkehrsapparates, das sind die wichtigsten, zahlmäßig erläuterten Vorschläge. Bei der Berechnung der Finanzierung wird der Nachweis versucht, daß die Ersparnis der Ausgaben für Arbeitslosigkeit 30 Millionen Pfund betragen würde und daß die Steuereinnahmen durch die normale Beschäftigung von 900 000 Arbeitslosen um 8 bis 10 Millionen Pfund steigen würden. Zinsen und Tilgung einer entsprechenden Anleihe von 230 Millionen Pfund Sterling, wie sie für die Durchführung dieser Arbeiten nötig wäre, sollen zu 5 bis 10 Prozent berechnet, wesentlich geringer sein, als die jetzigen Ausgaben der Arbeitslosenfürsorge. Es läßt sich nicht leugnen, daß ein solches Programm sehr viel Bestechendes für sich hat und den solchen Experimenten geneigten Engländern einen Anreiz bieten könnte, der liberalen Partei Stimmen zuzuführen, um sie zur praktischen Durchführung der Wahlversprechungen zu veranlassen.

Allerdings kann der Stimmzuwachs nicht so groß sein, daß er der nach dem Kriege besonders auch durch das Auftreten der Arbeitspartei außerordentlich stark geschwächten liberalen Partei wieder maßgeblichen Einfluß verschaffen könnte. Da die Frage einer Koalitionsbildung entweder zwischen Konservativen und Liberalen, oder wahrscheinlicher noch zwischen Arbeitsparteiern und Liberalen nach den Wahlen voraussichtlich aktuell werden wird, so gewinnt — wie wir bereits kurz gemeldet haben — die Neugenschaftsführung eine besondere Bedeutung. Der Regent von England ist gesundheitlich immer noch so geschwächt, daß er den politischen Verhandlungen mit den Parteiführern nicht gewachsen sein dürfte. Der Regierungsrat besteht zur Zeit aus der Königin, den zwei ältesten Söhnen des Königs, dem Erzbischof von Canterbury, dem Premierminister und Lordkanzler. Da die letzten beiden möglicherweise nach den Wahlen ausscheiden werden, erwägt man in politischen Kreisen, ob nicht der Prinz von Wales mit der Regierungsführung allein zu beauftragen wäre. Dieser Gedanke ist hauptsächlich in liberal-fortschrittlichen Kreisen populär, da der Prinz von Wales, ähnlich wie sein Großvater, weltmännisch liberalen Anschauungen zuneigen soll.

König Georg kommt nach Mainz?

Bis das "Berl. Tagebl." aus Frankfurt a. M. erfährt, bestätigt sich die Nachricht, daß der König von England zum Kurzaufenthalt im Mai nach Bad Mainz einkommen wird. In dem bekannten Sanatorium Groedel werden 40 Zimmer für den König und sein Gefolge hergerichtet.

Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorwirkt, den Bezugspreis für das 2. Quartal oder für den Monat April gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungestörten Fortzug der Zeitung nach dem 1. April gerechnet werden. Der Briefträger nimmt auch Neubestellungen entgegen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 15. März.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet trübes, nur zeitweise aufheimerndes Wetter und Tagstemperaturen über Null an.

Verlegenheit macht Liebe.

Die polnische Presse ist allen Deutschen nicht sonderlich freundlich gesinnt, zu allerleist die nationaldemokratische. Zu dieser gehört auch das Tochterblatt des "Kurier Poznański", die "Gazeta Bydgoska". Beide Blätter arbeiten mit viel Geschrei an der Befreiung deutscher Denkmäler, oder von Gegenständen, die an die deutsche Zeit erinnern können. Der "Kurier Poznański" möchte am liebsten das ganze Posener Schloß abgetragen sehen und damit erreichen, was die "Gazeta" mit dem Bismarckturm durchgedrückt hat.

Das hindert aber die Blätter nicht, auch einmal etwas zu gebrauchen, was aus deutscher Quelle stammt, hauptsächlich, wenn sie Nutzen davon haben. So hält sich die "Gazeta Bydgoska" z. B. einen deutschen Bilderdienst, weil er billig, gut und sehr aktuell ist. Liebe aus Verlegenheit. Natürlich bringt der Bilderdienst auch sehr viele Bilder aus Deutschland und das ist der Redaktion des Blattes nicht sehr angenehm. Wenn dann ein Bild über eine Überschwemmung in einem deutschen Ort gezeigt wird, so verschweigt das Blatt höchstens den Ort und sagt ganz allgemein, daß es so vielerorts bei dem diesjährigen Hochwasser austieß.

Manchmal werden die Bildtexte in solchen Fällen recht grotesk. Unter einem Bilde, das die Ankunft der Bremer Flieger auf dem Tempelhofer Feld bei Berlin darstellt, stand zu lesen, daß das der Empfang der polnischen Flieger in Angora sei! Obgleich man im Hintergrund des Bildes ganz deutlich die deutschen Schuppenbauten sah. Jedes Blatt hat schließlich die Leser, die es verdient.

Ein anderes Mal wird der französische Luftfahrtminister Gynac zum neuen mexikanischen Präsidenten Portex Gil gemacht. Die Stadtbibliothek in Nürnberg, die ihr 500jähriges Bestehen feierte, wird schnell zu einem alten französischen Schloß ohne Namen. Und schließlich muß die Fürstin von Lichnowsky dazu herhalten, die Leser der "Gazeta Bydgoska" mit einer neuen "Mode" bekannt zu machen. Die Fürstin ist mit einer Tabakspfeife im Munde dargestellt und das polnische Blatt schreibt dazu: "Die neueste Mode. Für Pfeifenfabrikanten kommen wieder goldene Zeiten. Diesmal machen sich nicht die Herren, sondern unsere Damen an das Rauchen von Tabakspfeifen. Das ist der 'leste Schrei' der Mode. In Amerika kann man Dame mit einer Pfeife sogar an öffentlichen Plätzen antreffen usw." Und der wirkliche Titel des Bildes? "Weichbildnis Fürstin v. Lichnowsky, die bekannte Dichterin, beginnend am 8. März ihren 50. Geburtstag. Sie stammt aus dem Geschlecht der Grafen von Arcu und hat sich 1904 mit dem späteren Botschafter Fürst Carl Max von Lichnowsky verheiratet. Ihre ägyptischen Reisebilder, ihre Novellen und ihr Roman 'Der Stimmer' wurden viel beachtet."

Auf alles Deutsche schimpfen ist leicht, aber es ehrlich gebrauchen, scheinbar schwer.

Die Osterferien in der Gewerbeschulbildungsschule beginnen am Sonnabend, dem 23. d. M., nach Schulschluss und dauern bis zum 8. April einschließlich.

Die Linden Blüte scheint wirklich erwacht zu sein. Seit einigen Tagen hält sich das Thermometer auf einer Höhe von elften Grad über Null, wenn es auch in den Nächten immer etwas gefallen ist. Die Felder sind bereits zum größten Teil schneefrei und zeigen die grünen Saaten. Von Zugvögeln sind etliche bereits wieder ins Land zurückgekehrt.

Kino Kristal. Nachdem im Auslande schon seit gewisser Zeit Romantopfs mit großem Erfolg verfilmt wurden, hat sich neuerdings auch die junge polnische Filmindustrie an dieses Unternehmen herangewagt. Einen dankbaren Stoff geben die Romane Zermitski. Seine realistische zeitgemäße Allegorie von der Schuld und Sühne "Ponad smog" (Weiser als der Schuh) ist gegenwärtig auf dem Spielplan des Kino Kristal steht, ist denn auch in hohem Maße filmwürdig, wenigstens der Geist, den Zermitski seinem Drama eingehaucht hat, in dem Textbuch des Regisseurs nicht prägnant genug zum Ausdruck kommt. Man hat es nicht so recht verstanden, die dramatische Steigerung in gehörige Bahnen zu leiten, sie segt oft unmotiviert ein und schwächt vor dem Spannungsmoment ab. Die Szene an der Schleuse vor dem Unglück ist gut, die Überschwemmung selbst und die dadurch angerichtete verheerende Überschwemmung phototechnisch ausgezeichnet gemacht. Ebenso ist bei der Mobilisierung und bei der Rückkehr des verwundeten Helden des Dramas ein großer Sprung zwischen bedingter Notwendigkeit und der erwarteten Folge. Die psychologische Wandlung von Schuld zur Sühne und die Entbindung des Helden hätte besser herausgebildet werden müssen, um dem Titel gerecht zu werden. Immerhin handelt es sich hier um ein Werk, das zu den wenigen beachtlichen der jungen polnischen Filmindustrie gehört.

Dresdner. In diesen Seiten der großen Freiheit kommt man zu seltsamen Betrachtungen über die Zustände auf Straßen und Plätzen: Tauwetter ist der beste Lehrer für Verkehrsweise. Niemals sind alle Fußgänger so vorsichtig und in so großem Abstand von den Autos über die Straßen gegangen. Wenn es noch länger so schmutzig bleibt und taut, werden wir ein glänzend erzeugtes Publikum haben. — Nur die Kleiderfabrikanten sind nicht auf der Höhe: Die richtige Kleidung für dieses Wetter ist noch nicht gefunden. Die Dresdner sind zu unberedenbar. Sieht man einen dunklen Anzug an, gibt es helle Bluse, helle Hosen werden dunkel gesprenkelt. — "Die Autos sollen eben langsamer fahren, damit sie nicht soviel spritzen", sagt die Behörde. Schlussfolgerung: Wenn schlechte Luft ist, sollen die Bürger nicht so viel atmen! — Schließlich: das bisschen Schmutz und so viel Värm! Was müssen die Urvölker ausgestanden haben, als nach der Eiszeit der Vorfrühling losbrach. Da sind die Gleiter bis nach Skandinavien geschlittert und die Autobusse blieben sicher in den Endmoränen stecken. — Zu technischen Errungenschaften haben wir auf Bromberger Platzlern wenig Vertrauen und daher eine ganz neue, aufsehenerregende Methode eingeführt. Man benutzt die Sonne zum Schmelzen des Schnees und läßt den so gewonnenen Schmelz durch die Kellerfenster in die Keller ablaufen oder durch die Stiefelsohlen der Passanten in die Wohnungen abtransportieren. Das Verfahren vollzieht sich zwar langsam, hat aber den Vorzug der Billigkeit. — Auf diese Sparmaßnahmen ist auch noch eine andere Maßnahme zurückzuführen: Die "Trockenlegung" der Straßen wird nicht durchgeführt, da man in Ermangelung einer guten Flughafenanstalt auf diese Weise wenigstens den Kindern Plauschwiesen schaffen will.

Wegen Diebstahls hatte sich vor der Strafkammer des Bezirksgerichts der mehrfach vorbestrafte Adam Gajaszewski zu verantworten. Der Angeklagte drückte im Dezember vergangenen Jahres eine Fensterscheibe der Wohnung der Frau Erna Blawens, Friedenstraße 4, ein und stahl zwei Trauringe, eine silberne Uhr, ein silbernes

Amat-Seifenflocken

sind halb so teuer aber ebenso gut wie sämtliche ausländischen Seifenflocken.

Besteck, ein goldenes Halsband sowie ein Paar Schuhe und eine Damehandtasche. Ferner drang er in eine Wohnung eines Hauses in der Brunnenstraße ein, wurde dort aber beobachtet und festgenommen. Das Gericht verurteilte G. zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis. — Wegen eines Fahrrads die häufig hatte sich vor der gleichen Strafkammer der 26jährige Adam Michałak zu verantworten. Er war im Jahre 1926 in Friedheim in eine Wohnung eingedrungen und hatte dort ein Fahrrad gestohlen. Das Gericht verurteilte M. zu 1½ Jahren Zuchthaus, wovon ihm die Hälfte der Strafe auf Grund der Amnestie erlassen wurde.

Adelsau (Odosanów), 15. März. Feuer. In der Wohnung einer Witwe entstand an vergangenen Sonnabend ein Feuer, welches in kurzer Zeit das ganze Haus einäscherte. Die Hausratrichtung vermochte man größtenteils zu retten.

Erone (Koronowo), 14. März. Auf dem letzten Wochenmarkt, der gut besucht war, waren die Eierpreise gefallen. Es kosteten: Eier 2,20—2,50, Butter 2,50 bis 2,80, Weizkäse 0,50—0,60, grüne Heringe drei Pfund 1,00, Kartoffeln 5—6,00 der Bentner, alte Hühner 5—6,00, Tauben 1,60—2,00 das Paar. Die Schweinepreise sind im Steigen begriffen. Es kosteten Fettswine 2—3 Bentner, Schweinefleisch 9,5—10,20 pro Bentner, Läufser 60—70,00 das Stück, sechs Wochen alte Ferkel 45—60,00 das Paar.

Bentschen (Bąszyń), 14. März. Überfallen wurde abends 10 Uhr auf dem Wege Friedenhorst—Friedenswalde ein Mann namens Valentyn Ruta. Er wurde hinterher niedergeschlagen und seiner Tasche beraubt. Als Täter wurde der Kreispolizei H. Kaczmarek aus Friedenhorst ermittelt und den Gerichtsbehörden übergeben. Der bewußtlos liegenden geflüchteten Mann wurde ins Kreiskrankenhaus in schwer verletztem Zustand eingeliefert.

Friedheim (Mieleszko), 15. März. Die Jagdverachtung der Stadtgemeinde findet am Donnerstag, dem 4. April d. J., nach 4 Uhr im Lokal Neckt statt. Die Jagd umfaßt ca. 800 Hektar und wird auf sechs Jahre verpachtet. Die Pachtbedingungen liegen im Magistrat vom 16. bis 29. März von 8—9 Uhr zur Einsichtnahme aus. Der Vorstand der Jagdgenossenschaft behält sich das Zustimmungsrecht vor.

Krotoschin (Krotoszyn), 15. März. Wölfe sind am vergangenen Montag in Kochalle am Waldbesrande — nur einige hundert Meter von den menschlichen Behausungen entfernt — gesehen worden.

Ostrowo (Ostrów), 14. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung beschloß man, an die Wojewodschaft mit der Bitte heranzutreten, den in Ruhestand versetzten Starosten von Koźmin, Herrn Cegielka, vertretungsweise als 2. Bürgermeister der Stadt einzusetzen.

Posen (Poznań), 14. März. Von einem Kraftwagen angefahren wurde in der Nähe der Zappelinhalle der 34 Jahre alte, von der Münzearbeit in Posen heimkehrende Arbeiter Josef Plewniak. Er wurde am Kopf so schwer verletzt, daß er bei der Überführung in das Posener Stadtkrankenhauß starb. Der Führer des Kraftwagens fuhr, ohne sich um sein Opfer zu kümmern, im schnellen Tempo nach Posen weiter. Der Getötete hinterließ eine Frau mit zwei kleinen Kindern. — Zwischen Einwohnern von Głowno und der Wallachei wurde gestern nachmittag ein alter Streit mit Messern ausgetragen. Erheblich verletzt wurden Matyjusz Grel und Franciszek Kniażonki aus Głowno; die Messerschleifer Rudolf Stefan und Marian Michałak nahm die Polizei fest. Es handelt sich um 20jährige Burschen.

Wirsitz (Wyrzys), 15. März. Generalalarm erntete in der Nacht von Montag zu Dienstag gegen 12 Uhr in unserer Stadt. Die alarmierte Freiwillige Feuerwehr rückte aus, fuhr jedoch bald wieder, da nicht festgestellt werden konnte, wo der Brandherd lag, da nur ein Feuerschein am Horizont zu sehen war. Durch das Feuer ist, wie am anderen Tage bekannt wurde, ein Familienhaus des Gutes Kratzki vernichtet worden. Das Feuer soll durch Unvorsicht entstanden sein.

Kleine Rundschau.

Acht Todesopfer eines Tornados. Die Stadt Greenville in Südkarolina ist von einem Tornado heimgesucht worden, der besonders in der Umgebung große Vermüllungen angerichtet hat. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind acht Personen getötet und sehr viele verletzt worden. Auch der wirtschaftliche Schaden ist sehr groß.

Edgar Wallace als "Erzieher". Den verderblichen Einfluss, den gewisse Erzeugnisse der modernen, unter allen Umständen auf Sensation abgestellten Literatur gelegentlich haben können, kennzeichnet schlagend ein Kürzel in London begangenes Verbrechen. Ein gewisser Henry Davis war von einem Werk des durch seine Kriminalerzählungen zu Weltruf gelangten Edgar Wallace derart gefesselt, daß er beschloß, einen in dem Roman geschilderten Mord in allen Einzelheiten in der Wirklichkeit nachzuholen. In dem Roman verschafft ein Verbrecher seine in Aussicht genommene Opfer mit hohen Beträgen, die er dann nach Beleidigung der Unglücklichen geistig an sich bringt. Davis begann der Einsichtlichkeit halber mit der eigenen fast sechzehnjährigen Frau, deren Leben er für 20 000 Mark versicherte. Kurz darauf wurde die Leiche der Frau Davis in einem Teiche gefunden; allem Anschein nach war sie ohnmächtig geworden, ins Wasser gefallen und ertrunken. Indessen lenkte sich der Verdacht bald auf den Chemnitz, der die Geschicklichkeit seines Vorbilds aus dem Roman doch wohl noch erreicht hatte. Davis wurde verhaftet und schnell überführt. Er gestand, daß er noch mehrere Personen „nach berühmten Muster“ habe umbringen wollen, um so für den Rest seines Lebens gesichert leben zu können.

Chief-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Biese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich "Der Hansfreund" Nr. 63.

Am Sonntag, dem 17. März 1929, nachm. 4 Uhr, veranstalten wir im II. u. III. Stock unseres Magazins eine

Modenschau

inländischer und ausländischer Modelle in Frühjahrs-, Sommer-Mänteln und -Kleidern.

Streichkonzert.

Eingang ul. Dworcowa.

Café geöffnet.

3624

Bydgoski Dom Towarowy

Tel. 354.

Gdańska, Ecke Dworcowa.

Tel. der Konditorei 17.

Haushaltungslurse Janowiz (Janowiec) Kreis Znin.

Unter Leitung geprüfter Fachlehrerinnen.
Gründliche praktische Ausbildung im
Kochen, in Backen- und Tortenbäckerei,
Einnahmen, Schneidern, Schnittzeichen-
lehre, Weißnähen, Handarbeit, Wäsche-
behandlung, Glanzplättchen, Hausarbeit,
Möbelreinigung.

Praktischer und theoretischer Unterricht von
staatlich geprüften Fachlehrerinnen. Außerdem
polnischer Sprachunterricht. Abschluß-
zeugnis wird erteilt.

Schön gelegenes Haus mit großem Garten
Beginn des Halbjahresturms:
Donnerstag, den 4. April 1929.

Pensionspreis einschließlich Schulgeld 110.- zl
monatlich.

Auskunft und Prospekte gegen Beifügung von
Rückporto. Anmeldungen nimmt entgegen
Die Leiterin.

3222

Original-Ersatzteile



„von der Küferschraube bis zum
Auspuffstopf“
alles sofort ab Lager.

Auswärtige Bestellungen werden
binnen 8 Stunden ausgeführt.

E. Stadie - Automobile
Gdańska 160 Bydgoszcz, Tel. 1602

An- u. Ab- Fuhr



Gütern aller Art
erledigt prompt

G. Schroeder Nach.
O. Goeke
Tel. 1775 Pomorska 16 Tel. 1775

Dillgurken
und Gauerlohl

gute Ware hat abzu-
geben W. Krafft
Chelmno. 3702

Ca. 3000 m³ tief. Nutzhölz I.-IV. Kl.
sowie 1000 Rm. tief. Rloben I. Kl.
gibt ab
Zarząd Dób Ordynacji Ostromecko
pow. Chelmno. 3587

Holzverkauf

von Brenn- und Nutzhölz aus dem Kirchen-
wald Byszawa findet statt am Mittwoch,
dem 20. März, 1 Uhr nachm. im Gasthaus zu
Salno und zwar gegen Bezahlung innerhalb
10 Tagen an Bank Ludowy in Koronowo.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes.

Langholz-Berlauf.

1025 fm Kiesern-Langholz II. u. III. Kl.
14 cm Zopf, ohne Borke gemessen, aus dem
Revier Zajdrowo, 6-7 Kilom. bis zur Station
Sypniewo, sollen freihändig verkauft werden.

Besichtigung jeder Zeit nach Anmeldung.

Zuständig der Herrschafft Sypniewo
(Pomorze). 3694

Holzverkauf.

Am Sonnabend, dem 23. März,
von 1/2 10 Uhr vormittags ab
findet im Gathof Pierucki in Sypniewo eine
Holzversteigerung statt.

Zum Ausgebot kommen:
ca. 150 fm. Kiesern-Holz,

Eichen-Zaunpfähle,
Stangen und Brennholz nach Vorrat
und Begehr.

Die Forstverwaltung Sypniewo.

3644

Die Forstverwaltung Sypniewo.

3644